

05 **Erziehung** 2022 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Mai 2022

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

Die Kürzungspläne der MLU
würden den Abbau von 250
Stellen bedeuten, mehr als
20 Professuren und bis zu
4.000 Studienplätze wären
davon betroffen ...

Aktuell:

GEW zum Ukraine-Krieg
Tarifrunde für den Sozial-
und Erziehungsdienst
Landeshauptausschuss

Kürzungsvorhaben an der MLU:

- Studienvielfalt
muss erhalten bleiben!
- Statements betroffe-
ner Akademiker und
politischer Akteure

Bildung:

Arbeits- und Gesundheits-
schutz an Schulen

GEW-Sommerakademie 2022



Wenn die politisch Verantwort-
lichen im Land nicht endlich
aufwachen und handeln,
gewinnt hier niemand ...



Eva Gerth,
Vorsitzende
der GEW
Sachsen-Anhalt

Kommentiert: Kürzungen sind eine Katastrophe!

Die GEW Sachsen-Anhalt kritisierte den Anfang April im Hochschulsenat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) beschlossenen, sogenannten Hochschulentwicklungsplan aufs Schärfste: Von einer Hochschulentwicklung kann keine Rede sein, eher von einem massiven Niedergang!

Die Landesregierung ist aufgefordert, endlich zu handeln, die MLU zu unterstützen und das kentende Boot zu retten. Die im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ zugesicherte Kofinanzierung der Bundesmittel muss endlich umgesetzt werden, auch für die anderen Hochschulen des Landes! Weiterhin muss alles dafür getan werden, die Lehramtsausbildung zu erhalten und auszubauen!

Der Hochschulentwicklungsplan mitsamt den darin enthaltenen massiven Kürzungen bedeutet den Abbau von 250 Stellen, von mehr als 20 Professuren und von bis zu 4.000 Studienplätzen. Damit läuft Sachsen-Anhalt in eine bildungspolitische Katastrophe!

Wenn die geplanten Kürzungen tatsächlich so umgesetzt werden, ist die Fächervielfalt an der MLU gefährdet. Damit leidet nicht nur die Attraktivität der Universität. Viele Studierende überlegen jetzt schon, ob sie die Uni verlassen oder überhaupt an der MLU ihr Studium beginnen wollen – für Wissenschaftler*innen werden die Arbeits- und Forschungsbedingungen an der MLU unattraktiver, Professor*innen werden das Land verlassen. Diese bittere Entscheidung wird einen erheblichen Schaden in der Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt und nicht zuletzt auch für die Stadt Halle anrichten! Solche bundesweiten Schlagzeilen werden leider nicht gleich wieder vergessen.

Die Landesregierung weigert sich, die Kofinanzierung des Zukunftsvertrages in der gleichen Höhe zu tragen und allen Hochschulen im Land dauerhaft zusätzlich zum Grundbudget zur Verfügung zu stellen – dies wären dringend benötigte 15 Millionen Euro pro Jahr für die MLU. Bis heute hat die Landesregierung originäre Landesaufgaben, die die MLU übernimmt, nicht ausreichend finanziert: Dazu gehören das Landesstudienkolleg, die Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt als Landesorgan sowie der Wegfall der Langzeitstudiengebühren. Laut Rektorat würden diese Posten alleine 12,5 Millionen Euro pro Jahr ausmachen.

Auch die Ausbildung von Lehrkräften ist eine staatliche Aufgabe. Bei dem derzeitigen und künftigen Personalmangel muss die Landesregierung hier ganz ausdrücklich handeln und auf jeden Fall die Lehramtsstudiengänge ausfinanzieren und ausbauen. Die veralteten Beschlüsse aus dem Jahr 2014 zur Hochschullandschaft, benannt nach Bernburg und schon damals nicht friedlich zustande gekommen, sind ein Resultat des Personalabbau-Diktats von Finanzminister Bullerjahn. Jetzt, fast zehn Jahre später und bei einem kaum zu beherrschenden Personalmangel in vielen Bereichen, muss die Hochschullandschaft im Land neu gedacht werden. Dazu gehören alle Verantwortlichen und alle Hochschulen ins Boot – schnell und ohne noch mehr Schaden an der Uni Halle anzurichten.

Eva Gerth

Inhalt

Aktuell

Kommentiert:

Kürzungen sind eine Katastrophe! 2

Beschluss des Hauptvorstands der GEW zum Ukraine-Krieg:
Geflüchteten Menschen Perspektiven bieten 3

Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst:
GEW mit Beteiligung an Warnstreiks zufrieden 3

Landeshauptausschuss der GEW Sachsen-Anhalt:
Kritische Lageberichte und gewerkschaftliche Aktivitäten 4

Wahlen zum Hauptpersonalrat am MWU:
Sehr gutes Ergebnis für die GEW 4

Titelthema „Kürzungsvorhaben an der MLU“

Kürzungsvorhaben schmälern die Qualität der Lehramtsausbildung:
Studienvielfalt muss erhalten bleiben! 5

Jetzt erst recht gegen Abbau wehren:
Gemeinsam gegen Kürzungen an der MLU 5

Hochschulfinanzierung in Sachsen-Anhalt:
Quo vadis MLU? 6

Senatsmitglied der MLU, Dr. Nico Elste 7

Studiendekan der Philosophischen Fakultät I,
Prof. Dr. Johannes Hübner 7

Koordinatoren des Aktionsbündnisses #MLUnterfinanziert,
Lukas Wanke und Jan Niklas Reiche 8

Personalräte Dr. Rainer Herter und Bertolt Marquardt 9

Studierendenratsvorsitzende Luise Baack und Anton Borrmann 10

Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, und
Malte Gerken, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW ... 10

Bildung

Arbeits- und Gesundheitsschutz an öffentlichen Schulen:
Der lange Weg zum Präventionstag 12

GEW-Sommerakademie 2022:
Weiterbildung findet erneut als Online-Akademie statt 12

Migrationsforscher Dr. Mark Terkessidis:
Warum wir im Unterricht über Imperialismus diskutieren müssen ... 13

Ich bin die GEW Sachsen-Anhalt

Angela Ryll:
Eine Frau bleibt am Ball 14

Tor!
Studiert oder nicht studiert 16



Beschluss des Hauptvorstands der GEW zum Ukraine-Krieg: Geflüchteten Menschen Perspektiven bieten

Die GEW verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine. Wir fordern einen umgehenden Waffenstillstand, einen Rückzug der russischen Truppen und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts. Gemeinsam mit der Bildungsinternationale, der weltweiten Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften, und ihrer europäischen Region, dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, steht die GEW solidarisch an der Seite der Menschen, der Gewerkschaften, der Lehrenden und Pädagog*innen, Kinder, Schüler*innen und Studierenden in der Ukraine.

Die GEW fordert Bund und Länder auf, Geflüchtete aus der Kriegsregion unabhängig von ihrer Herkunft und Staatsangehörigkeit aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu eröffnen bzw. schon hier lebenden Menschen Verbleibmöglichkeiten zu bieten. Geflüchteten Frauen und Kindern sind vor sexualisierter Gewalt zu schützen.

Um die Herausforderung meistern zu können, bedarf es zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen für die Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Wir brauchen zusätzliches Personal und angemessene Räumlichkeiten für die

Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungs-klassen, multiprofessionelle Teams, zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache, herkunftssprachliche Fachkräfte und Angebote für die Beschäftigten, um mit Traumata der Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können. Ein Unterstützungsprogramm für die Hochschulen zur Aufnahme geflüchteter Studierender, Lehrender und Forschender auch aus Drittstaaten ist auf den Weg zu bringen. Die GEW begrüßt die Einbindung von geflüchteten pädagogischen Fachkräften und fordert für diese zielgruppengerechte Unterstützung und verlässliche Perspektiven zu bieten.

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Die GEW kritisiert die geplante massive Aufrüstung als Antwort auf den Ukrainekrieg. Die Einrichtung eines 100 Milliarden schweren Sondervermögens für die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die Steigerung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Hochrüstung hilft den Menschen in der Ukraine nicht und wird die Sicherheit in Europa weiter gefährden.

Hauptvorstand der GEW



Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: GEW mit Beteiligung an Warnstreiks zufrieden

(EuW_rex) Anfang April hat die GEW Sachsen-Anhalt ihre Mitglieder zu zwei Warnstreiks aufgerufen: Etwa 100 Erzieherinnen und Erzieher aus den kommunalen Kindertagesstätten in Magdeburg, Burg, Wanzleben, Halberstadt und Köthen waren am 6. April dem Aufruf der GEW zu einem ganztägigen Warnstreik gefolgt. Einen Tag später, am 7. April, haben sich etwa 60 Erzieherinnen und Erzieher aus den kommunalen Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) am ganztägigen Warnstreik beteiligt.

Der Grund dafür ist, dass die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auch in der zweiten Verhandlungsrunde zu keiner der gewerkschaftlichen Forderungen ein konkretes Angebot vorgelegt hat. Die wichtigsten Forderungen nach einer besseren Bezahlung und Entlastung der Beschäftigten werden von den Arbeitgebern nach wie vor abgelehnt. Auch bei

den weiteren Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die in der zweiten Verhandlungsrunde zur Sprache kamen, gab es keine Bewegung.

Die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth, erklärte dazu: „Es freut uns, dass trotz größerer Quarantäneausfälle Kolleginnen und Kollegen in dieser Größenordnung unserem Streikaufruf gefolgt sind. Das zeigt deutlich, dass unsere Mitglieder bereit sind, mit uns gemeinsam in der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, die auch nach zwei Verhandlungsrunden im Februar und März 2022 kein Angebot vorgelegt haben.“ Die GEW Sachsen-Anhalt machte auch mit diesen beiden Warnstreiks noch einmal auf den gewaltigen Fachkräftemangel im Sozial- und Erziehungsdienst und die besonderen Belastungen in den vergangenen zwei Jahren der Pandemie aufmerksam. „Fachkräfte fehlen an allen Ecken und Enden. Nur

durch das unerbittliche Engagement der Kolleginnen und Kollegen wird seit Jahren der Betrieb aufrecht erhalten. Der nächste Schritt zur Aufwertung ist längst überfällig. Ohne eine echte Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst werden wir die vielen nötigen Kolleginnen und Kollegen nicht gewinnen können!“, sagt die GEW-Landesvorsitzende.

Seit dem 25. Februar 2022 verhandeln die Gewerkschaften mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über die Arbeitsbedingungen und die Eingruppierung der Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Sie fordern von den Arbeitgebern die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine materielle Aufwertung der Erziehungs- und Sozialberufe. Die dritte und letzte Verhandlungsrunde soll am 21./22. Mai 2022 stattfinden.



Landeshauptausschuss der GEW Sachsen-Anhalt: Kritische Lageberichte und gewerkschaftliche Aktivitäten

(EuW_rex) Am 22. April tagte der Landeshauptausschuss (LHA) der GEW Sachsen-Anhalt turnusgemäß in einer Hybridkonferenz. Die Tagungsleitung übernahmen Ingo Doßmann und Volker Thiele.

Zu Beginn der Sitzung hat die Landesvorsitzende Eva Gerth einen Überblick über die aktuelle Corona-Situationen und den von der Regierung beschlossenen Lockerungen gegeben. Außerdem wurde von den jüngst durchgeführten Zuckertüten-Aktionen Anfang April in Magdeburg und Halle berichtet, bei denen 200 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst erreicht und angesprochen worden sind.

Große mediale Präsenz hat die GEW Sachsen-Anhalt in letzter Zeit mit ihren Warnstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen erreichen können, bei denen am Internationalen Frauentag sowie an zwei Tagen Anfang April in Magdeburg und Halle insgesamt bis zu 200 Personen mobilisiert werden konnten. Ein weiterer gemeinsamer Warnstreik mit Thüringen und Sachsen ist für Anfang Mai in Leipzig geplant.

Die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth hat zum Landeshauptausschuss die Junge GEW begrüßt: „Wir freuen uns, dass ihr wieder aktiv seid!“

Beim aktuellen Überblick über die bildungspolitischen Themen hat Eva Gerth mehrere Hauptprobleme angesprochen: Zwar ist die GEW bei Gesprächen mit Politikern eingebunden – u. a. wurde in der jüngsten Vergangenheit das Thema der Arbeitszeitkonten für die Lehrkräfte diskutiert –, jedoch mahnt die GEW Sachsen-Anhalt immer wieder dieselben Probleme bei der Politik an. Wir fordern, dass die Lehrer*innenbildung vom Land stärker finanziert werden muss, wir brauchen eine einheitliche Lehramtsausbildung für die Sekundarstufen I und II und die Zahl der Studienplätze für die Lehramter muss erhöht werden. Dass es im System Schule absolut keine Reserven gibt, ist auch ein riesiges Problem angesichts der Unterbringung geflüchteter Kinder aus der Ukraine in unserem Schulsystem.

Im Anschluss entfachte sich eine Diskussion um die Kürzungsvorhaben an der Martin-Luther-Universität, bei mehreren Protestaktionen war auch die GEW aktiv.

Weitere Punkte vor der Kaffeepause waren der vom Schatzmeister Uwe Stenzel vorgestellte Haushaltsabschluss des Jahres

2021, der Bericht der Haushaltskommission sowie die Abstimmung des ersten Nachtragshaushalts 2022.

Nach einer kleinen Stärkung mahnte die Landesvorsitzende an, dass die Politik nicht willens ist, Schulsozialarbeiter*innen in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen; derzeit sollen nur 385 Stellen in ganz Sachsen-Anhalt durch ESF-Mittel finanziert werden, was bei ca. 900 Schulen im Land viel zu wenige Fachkräfte wären.

Ingo Doßmann hat einen Bericht zur Entwicklung der Ganztagschulen gegeben. Danach folgte von der Vorsitzenden eine umfangreiche Darstellung zur Arbeitszeitkampagne der GEW, die im vergangenen Herbst initiiert worden ist. Diese Kampagne soll – ergänzend zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten in Tarifrunden – erwirken, die Arbeitsbelastung an den Schulen zu verringern und weitreichende Arbeitsverbesserungen zu erzielen.

Im Anschluss daran informierte Ingo Doßmann über Aktionen der Kampagne „JA 13“, die die Höhergruppierung der Lehrkräfte im Grundschulbereich zum Ziel hat. Dazu wird es am 13. Juni eine Protestaktion auf dem Magdeburger Campus und am 23. Juni eine Aktion vor dem Landtag von Sachsen-Anhalt geben, um die Abgeordneten erneut auf die Dringlichkeit hinzuweisen. Für den 13. Oktober ist dann eine Demonstration auf dem Domplatz in Magdeburg geplant. Im nächsten Tagesordnungspunkt berichteten Ulrich Härtel und Peggy Osadolor über die Ergebnisse der Tarifrunde zum TV-L des Jahres 2021 und über den Stand in der aktuell laufenden Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst.

Nach der Mittagspause informierten Stefan Hofmann und Sven Levy über die Arbeit im Vorstandsbereich Organisationsentwicklung und über die laufende Arbeit dazu im Landesvorstand. Sie schlugen die Erarbeitung neuer Mitgliederwerbekonzepte vor, um junge Menschen für die GEW zu gewinnen.

Zum Schluss wurde über die Zusammensetzung der Kommissionen und Ausschüsse der 9. Landesdelegiertenkonferenz am 25. und 26. November 2022 abgestimmt.



Foto: Michael Schultze

Wahlen zum Hauptpersonalrat am MWU: Sehr gutes Ergebnis für die GEW



Foto: sw-kommunikation.net

Nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 gab es eine Umorganisation der Ministerien, wodurch eine Neuordnung der Hochschulen an das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) erfolgte. Der Termin für die Wahlen wurde durch den Hauptwahlvorstand auf den 28. und 29. März 2022 gelegt und damit genau in die Semesterpause. Zumal durch die Pandemie viele Beschäftigte der Hochschu-

len ohnehin nicht am Hochschulstandort anwesend waren, ließ uns das hinsichtlich der Wahlbeteiligung Schlimmes erahnen. Durch die Aufstellung einer Liste „GEW für Wissenschaft – Medizin – Lehrerbildung“ gemeinsam mit dem Marburger Bund und kompetenten und bekannten Persönlichkeiten, die darauf kandidierten, sollten möglichst viele Stimmen gewonnen werden. Außerdem gab es durch unsere Gewerkschaft finanzierte Informationsmaterialien und reichlich Werbung für die Nutzung der Briefwahl. Es kann allen beteiligten Mitgliedern der GEW und des Marburger Bundes ein großes Engagement bescheinigt werden, wofür an dieser Stelle herzlich gedankt werden soll!

Aber: Von ca. 10.000 wahlberechtigten Personen aus dem Hochschulbereich nahmen nur ca. 1.250 ihr Wahlrecht auch wahr! Dagegen war die Beteiligung im Ministerium und den nachgeordneten Dienststellen mit ca. 850 Personen deutlich höher. Dennoch gelang ein sehr

ansehnlicher Wahlerfolg, denn vier Personen unserer Liste sind nun Mitglieder des Hauptpersonalrates (HPR): Dr. Steffi Kaltenborn (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg), Bertolt Marquardt (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Dr. Andreas Drust (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) und Dr. Susanne Fiedler (Hochschule Merseburg).

Den Vorsitz im HPR hat mit Bertolt Marquardt ein GEW-Mitglied inne; und vierte Stellvertreterin und damit Vorstandsmitglied ist Dr. Steffi Kaltenborn.

Wir gratulieren allen vier Mitgliedern des HPR sowie den Ersatzmitgliedern sehr herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihnen viel Erfolg, Hartnäckigkeit und diplomatisches Geschick! Der gewerkschaftliche Rückhalt ist ihnen gewiss.

Dr. Ursula Föllner,
Personalratsvorsitzende
der Otto-von-Guericke-
Universität Magdeburg

Die vom Hochschulsenat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg entschiedenen Kürzungsvorhaben bedeuten einen massiven Einschnitt

Kürzungsvorhaben schmälern die Qualität der Lehramtsausbildung: Studienvielfalt muss erhalten bleiben!

in Sachsens-Anhalts Studienvielfalt. Mit der Absenkung von bis zu 4.000 Studienplätzen und den Personaleinsparungen verstoßen die Universität und das Land gegen den mit dem Bund verhandelten „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, in dem der MLU bis zu elf Millionen Euro zugesprochen worden sind. Jedoch ist unklar, was mit den Mitteln passieren wird, wenn einseitig die Vereinbarungen nicht eingehalten werden.

Künftig werden gut ausgelastete und attraktive Studiengänge geschlossen, was negative Auswirkungen auf die Vielfalt der Studiengänge und die Studienbedingungen insgesamt nach sich ziehen wird. Letztlich werden sich durch den Personalab-

bau unabdingbar die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen verschlechtern, da mit den Stellenkürzungen mehr Arbeit in Forschung und Lehre für weniger Mitarbeiter*innen anfällt.

Sehr stark wird auch die Lehramtsausbildung betroffen sein: Mit dem Wegfall der Professur für Pädagogik für Lernbeeinträchtigung wird das Lehramt an Förderschulen im Bereich der Lernbehindertenpädagogik in Halle künftig nicht mehr möglich sein, ebenso ist die Lehramtsausbildung in Sozialkunde (Studiengang wird im Wintersemester ausgesetzt) betroffen. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Kombinationsfächer: Wer Deutsch, Englisch oder Biologie etc. mit Sozialkunde kombinieren will, kann zukünftig nicht mehr in Halle Lehramt studieren. Auch der Wegfall der Professur für

Romanische Sprachwissenschaft betrifft unmittelbar die Lehrämter für Französisch und Spanisch und auch das Lehramt Englisch steht mit dem Wegfall einer Professur vor großen Schwierigkeiten. Mit der längerfristig geplanten Streichung der einzigen Stelle im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ steht der Master dieses Studiengangs ebenso auf der Kippe und die Möglichkeit, dieses Fach überhaupt in Sachsen-Anhalt studieren zu können. Das ist ein Armutszeugnis und konterkariert die Tradition der Martin-Luther-Universität in Sachsen-Anhalt. Welche weitreichenden Folgen die Sparpläne mit sich ziehen werden, thematisieren wir im Titelthema dieser vorliegenden Mai-Ausgabe.

Jetzt erst recht gegen Abbau wehren:

Gemeinsam gegen Kürzungen an der MLU

(EuW) Bei einer Kundgebung auf dem Universitätsplatz der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) haben am 6. April hunderte Demonstrierende lautstark ihren Unmut gegen die geplanten Kürzungsvorhaben des Senats kundgetan. In der an diesem Tag stattgefundenen Hochschulsenatssitzung wurde über die massiven Kürzungsvorhaben der MLU abgestimmt. Dieser Beschluss würde den Abbau von 250 Stellen bedeuten; mehr als 20 Professuren und bis zu 4.000 Studienplätze wären konkret von den Kürzungsplänen beschlossen. Damit läuft Sachsen-Anhalt in eine bildungspolitische Katastrophe!

Das Aktionsbündnis #MLUunterfinanziert fordert den akademischen Senat der MLU dazu auf, den Kürzungsprozess an der Universität zu stoppen, den Hochschulentwicklungsplan mitsamt

den darin enthaltenen massiven Kürzungen abzulehnen und sich für den Erhalt aller Fächer, der Lehrstühle und der Stellen auszusprechen. Darüber hinaus wird gefordert, dass sich die Universität geschlossen gegenüber dem Landtag von Sachsen-Anhalt dafür einsetzt, die katastrophale Finanzlage durch eine Verbesserung der Landesfinanzen zu erreichen. Die im „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ zugesicherte Kofinanzierung der Bundesmittel muss endlich umgesetzt werden!

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick gegeben, welche Folgen diese massiven Kürzungen nach sich ziehen werden:

- Weitreichende Stellenstreichungen in allen Teilen der Universität, bis zu 250 Mitarbeiterstellen sind betroffen.



- ➔ - Besonders stark betroffen sind hierbei die Philosophische Fakultät I – Kultur und Gesellschaftswissenschaften sowie die Landwirtschaftliche Fakultät III.
- Die Streichungen von Professuren und Mitarbeiterstellen an der Philosophischen Fakultät I sind im besonderen Maß für die Lehramtsausbildung fatal, weil z. B. die Altphilologien – insbesondere die Gräzistik – wegzufallen droht, die in Sachsen-Anhalt nur in Halle existiert.
 - Auch die Streichung der Professur für Alte Geschichte fällt in diesem Zusammenhang, da ohne sie keine vollumfängliche Geschichtslehrerausbildung mehr stattfinden kann.
 - Die Streichung bzw. Zusammenlegung von zwei Lehrstühlen in der Politikwissenschaft führt zu Engpässen in der Ausbildung von Sozialkundelehrer*innen.
 - Der Wegfall der Professur Didaktik bei Lernbeeinträchtigungen widerspricht dem Bedarf an Lehrangeboten im Bereich der Lehramtsausbildung, die in den nächsten Jahren erhöht werden muss, um den Lehrer*innenmangel in Sachsen-Anhalt zu überwinden.
 - Die unüberlegte Streichung von einer Professur in der Lehramtsausbildung ist Wasser auf die Mühlen derer, die den Standort Magdeburg für die Lehramtsausbildung wiederbeleben wollen, ohne dafür ein echtes Konzept zu haben.
 - Durch die Streichungen werden also zahlreiche Professuren und Mitarbeiter*innenstellen an der MLU wegfallen, wodurch es unausweichlich zu Engpässen in der Lehramtsausbildung kommen wird, die auch nicht weg- oder kleinzureden sind.
 - Das Land wiederum kommt seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Hochschule wie auch gegenüber dem Bund nicht nach.
 - Das Land will die zugesagte hälftige Beteiligung am Zukunftsvertrag Studium und Lehre den Hochschulen vorenthalten, was zum Defizit der MLU beiträgt und die Studienqualität verschlechtern wird.
 - Die Lehramtsausbildung ist weiterhin in vielen Bereichen unterbesetzt und Streichungen von Professuren helfen hier nicht weiter; das Land muss seine Verpflichtungen gegenüber den Schulen und Schülern nachkommen!
 - Den Vorstellungen des Landes und des Rektorats folgend, wird es massive Einbußen in der Qualität der Ausbildung von Lehrer*innen kommen, wie auch bei der Forschungsleistung.
 - Mit einem massiven Einbruch bei den Studienbewerber*innen ist aufgrund der Kürzungsvorstellungen zu rechnen.

Die GEW Sachsen-Anhalt fordert den sofortigen Stopp dieser Kürzungspläne, die einen massiven Einschnitt für die Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalt bedeuten würden!



© SW-KOMMUNIKATION.NET | INIMAGE.COM

Hochschulfinanzierung in Sachsen-Anhalt: Quo vadis MLU?

(EuW) Als am 6. April der Akademische Senat der Martin-Luther-Universität dem Hochschulentwicklungsplan des Rektorats mit 13 zu 10 Stimmen zugestimmt hat, wurde die Weichenstellung für massive Stellenstreichungen an der Universität gelegt. Die kritischen Stimmen rund um das Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert, der Studierendenschaft, dem Personalrat und aus zahlreichen Fakultäten sowie bildungspolitischen Akteuren, wie auch zahlreichen Fachgesellschaften und der GEW blieben ungehört.

Der nun gefällte Beschluss wird auf die Universität in Halle und die Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts langfristig großen Einfluss haben und sie nachhaltig verändern. Die negativen Auswirkungen von unsäglichen Kürzungsrunden, von denen die jetzt abgeschlossene auf das Jahr 2013 zurückgeht, wird nachhaltig ihre Spuren auch bei den Studierenden, Mitarbeiter*innen und Professor*innen im ganzen Land hinterlassen.

Zwar ist der Kampf gegen die Kürzungen an der MLU vorerst beendet, aber die nächste Kürzungsrunde wird nicht lange auf sich warten lassen. Aus diesem Grund hat die Redaktion der EuW verschiedenen kritischen Akteuren an der MLU und Organisatoren der Bildungsproteste die Möglichkeit gegeben, ihre Sicht auf die „Kürzungsdebatte“ an der MLU darzulegen.

Fragen an das Senatsmitglied der MLU, Dr. Nico Elste, Vertreter des Akademischen Mittelbaus

Kollege Elste, wie ist deine Stimmung, nachdem der Senat mehrheitlich beschlossen hat, die Kürzungen an der MLU umzusetzen? Diese Entscheidung zeichnete sich schon ab, seit Minister Willingmann zu Gast im Senat war und von ihm wie auch von den regierenden Parteien kein Signal kam, der MLU zu helfen, ihr strukturelles Defizit zu bereinigen. Insofern war ich nicht überrascht, dass der Senat nun diese Konsequenz aus der Haltung der Landesregierung und des Wissenschaftsministeriums gezogen hat und die Verkleinerung der MLU mit knapper Mehrheit beschloss. Dass aufgrund von Beschlüssen aus dem Jahr 2013, die damals auch nur ein Kompromiss waren, um viel Schlimmeres zu verhindern, die MLU nun die größten Sparmaßnahmen der letzten 20 Jahre umsetzen muss, macht mich fassungslos. Umso mehr, als dass mit Armin Willingmann ein ehemaliger Rektor und Wissenschaftler diesen Kahlschlag sehenden Auges hinnimmt und weder die vielen Offenen Briefe, Petitionen und Stellungnahmen von nationalen und internationalen Fachverbänden an seiner Haltung etwas änderten, noch die Warnungen der Stadt Halle und vieler Politiker*innen irgendeine Wirkung zeigten. Stattdessen wurde das Strukturkonzept vom Ministerium und von den regierenden Parteien begrüßt und damit einmal mehr von politischer Seite klargestellt, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung in Sachsen-Anhalt nicht den Stellenwert haben, den Politiker*innen gern im Munde führen. Wenn es um die Finanzierung geht, verlieren alle schönen Werte ihre Relevanz.

Wie veränderte sich die Stimmung im Senat in den vergangenen Wochen, in denen sich abzeichnete, dass die vom Rektorat vorgelegten Maßnahmen beschlossen werden?

Nun, es setzte sich mit der Zeit mehr und mehr eine fatalistische Grundstimmung durch und die Befürworter*innen der Sparmaßnahmen wurden immer offener in ihrer Überzeugungsarbeit. Wurde zu Beginn der Debatten vor fast einem Jahr noch von Profilierung gesprochen, so argumentierte man in den letzten Senatssitzungen eigentlich nur noch mit der unhaltbaren Lage der MLU. Globale Budgetkürzungen, komplette Ausgabenstopps, ein Moratorium für die Wiederbesetzung von Professuren und eine Stellenbesetzungssperre von bis zu einem halben Jahr hält die Universität tatsächlich nur eine sehr kurze Zeit durch, bevor in vielen Bereichen Lehre und Forschung komplett zusammenbrechen. Diese Notlage, je länger sie anhält, bestärkte natürlich den Willen vieler, sich mit Hilfe einer schmerzhaften Entscheidung endlich zu befreien. Von Profilbildung war also keine Rede mehr, eher von Ohnmacht und von Sachzwängen, die politisch gewollt sind und von der Universität allein nicht verändert werden können.

Wie werden sich die Kürzungen auf deinen konkreten Arbeitstag auswirken?

Da ich am Germanistischen Institut und damit in einem wesentlichen Bereich der Lehrer*innenbildung tätig bin, sind die Kürzungen hier zumindest im Personalbereich nicht drastisch. Dennoch geht uns mit der Kürzung einer Stelle der Master „Deutsch als Fremdsprache“ perspektivisch verloren, was meines Erachtens ein gesellschafts- und bildungspolitisches Desaster darstellt. Doch auch die Kürzungen im Bereich der Anglistik, Romanistik, der Politikwissenschaft und in den Erziehungswissenschaften wirken sich negativ auf die Lehramtsstudiengänge aus und das

kann bei uns natürlich auch zu Verwerfungen führen. Da man ja in der Regel zwei Fächer im Lehramt studiert, wirken sich Probleme immer global aus: Wenn in einem Bereich aufgrund von Mehrarbeit, fehlendem Personal und Überlastung die Lehre leidet, dann hat dies ebenso Auswirkungen auf andere Bereiche. Zudem haben wir gerade im Lehramt seit Jahren das Problem, dass mit den massiv gestiegenen Studienplätzen nicht im selben Maße auch das Personal gewachsen und die Infrastruktur (Büros, Seminarräume) vom Land finanziert wurden. Zum Teil finden wir auch immer weniger Wissenschaftspersonal, welches sich hier für halbe oder Viertel-Stellen befristet und dann auch noch mit Hochdeputatsstellen und damit ohne Aussicht auf weitere wissenschaftliche Qualifizierung engagieren möchte.

Siehst du die Universität mit den anstehenden Kürzungen im Hintergrund noch in der Lage, die an sie gestellten Aufgaben in Forschung und Lehre zu erfüllen?

Sollte es keine finanzielle Hilfe vom Land geben, um den Kürzungsprozess abzufedern, sehe ich leider noch eine längere Periode des Nothaushalts auf die MLU zukommen. Denn mit den beschlossenen Kürzungen spart die Uni Halle ja erst mittelfristig wirklich Geld ein und es dauert mindestens noch zwei Jahre, bis sich die wegfallenden Stellen im Haushalt überhaupt in Größenordnungen bemerkbar machen. Außerdem sind die nun beschlossenen Kürzungen gar nicht ausreichend, um das Defizit der Universität in Gänze zu bereinigen. Insofern kommt noch eine harte Zeit auf die Lehrenden und Forschenden zu. Dennoch wird die Universität ihren Aufgaben nachkommen können, wenn auch nicht mehr auf demselben qualitativen Niveau wie zuvor.

Welche Weichenstellungen müssen die Universität und das Land vornehmen, sodass der angestoßene Transformationsprozess, ohne zusätzlichen und übermäßigen Schaden in der Struktur der MLU anzurichten, durchgeführt werden kann?

Das Wissenschaftsministerium und die Landesregierung müssen zu dem vorgelegten Hochschulstrukturplan der MLU Stellung beziehen und sich entscheiden, was sie von der Universität wollen. Sollte sich herausstellen, dass einzelne Maßnahmen wie zum Beispiel die Absenkung der Studienplätze auf 17.000 oder auch die Streichung einzelner Professuren nicht im Sinne des Landes sind, dann ist es in seiner Verantwortung, sich endlich einmal Rechenschaft darüber abzulegen, wie die Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt strukturiert sein soll und wie dies zu finanzieren ist. Außerdem sollten originäre Landesaufgaben, die die MLU seit Jahren aus ihrem Grundbudget bezahlt und zu deren Finanzierung das Land sich verpflichtet hat, ebenso übernommen werden wie höhere Kosten im Energiebereich oder auch die nur unzureichend kompensierten Studiengebühren, die vor einigen Jahren weggefallen sind. Zu guter Letzt wäre es wirklich schön, wenn die Instanz, die die MLU beständig ermahnt ihren Verpflichtungen nachzukommen, dies in einem wesentlichen Bereich – nämlich den Bundesmitteln aus dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ – ebenso nachkommen würde. Den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt gehen jedes Jahr Mittel in Millionenhöhe verloren, weil das Land seiner vertraglich zugesagten Verpflichtung nicht nachkommt, die Mittel des Bundes in derselben Höhe zusätzlich zur Verfügung zu stellen.



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

Fragen an den Studiendekan der Philosophischen Fakultät I, Prof. Dr. Johannes Hübner

Herr Prof. Hübner, wie ist die Stimmung innerhalb Ihrer Fakultät, nachdem der Senat mehrheitlich beschlossen hat, die Kürzungen an der MLU umzusetzen?

Die Stimmung ist schlecht. Teils ist man eher niedergedrückt, teils eher empört, aber gut ist die Stimmung nirgends. Vor dem Senatsbeschluss wurde gerne gesagt, dass die Kürzungen schmerzhaft seien. Unsere Fakultät ist die Fakultät, die diese Schmerzen am intensivsten spürt, denn sie ist am stärksten betroffen: Sechs der insgesamt 25 zu streichenden Professuren kommen aus der Philosophischen Fakultät I, das ist ein weit überproportionaler Anteil. Die Rede von der universitätsweiten Solidarität hat für uns daher einen bitteren Klang. Es fällt umso schwerer, die Kürzungen zu akzeptieren, als wir nach den maßgeblichen Kennzahlen in

Forschung und Lehre im Vergleich gut dastehen. Dazu kommen die unklaren Aussichten. Es ist ja überhaupt nicht ausgemacht, dass die Einschnitte sämtlich hinter uns und nicht weitere noch vor uns liegen, denn das akute Haushaltsdefizit der Martin-Luther-Universität ist nur verringert und nicht beseitigt.

Die besonders stark von den Kürzungen an der MLU betroffenen „Kleinen Fächer“ und ihr Verbleib im Kontext der MLU waren ein zentraler Punkt der Kritik an den Kürzungen. Wie sehen Sie Ihre Zukunft nach dem Beschluss vom 6. April?

Mit dem Beschluss wird kein neuer Trend gesetzt, sondern eine Entwicklung der letzten Jahre verstärkt, die zum Teil auf ältere Streichungsbeschlüsse zurückgeht. „Kleine Fächer“



Foto: Johannes Hübner

→ haben typischerweise geringe Studierendenzahlen und sind typischerweise (wenn auch nicht immer) kein Teil der Lehramtsausbildung. Das macht sie aus der Perspektive einer Streichungslogik zu bevorzugten Zielen. Deshalb ist der Trend bedrohlich. Die Politik legt zwar ein Bekenntnis zu den „Kleinen Fächern“ ab, aber zugleich ist das Verständnis für deren Eigenart im Ministerium nicht ausgeprägt: Die Fortführung eines Studiengangs muss eigens gerechtfertigt werden, wenn sich mehrere Jahre lang weniger als 15 Studierende pro Jahr einschreiben. Diese Regel passt nicht zur Realität eines „Kleinen Fachs“, das von einem einzigen Lehrstuhl getragen wird und im Masterbereich ohnehin nur zehn Studienplätze pro Jahr anbieten kann.

Welche Auswirkungen werden die nun folgenden Schließungsbeschlüsse, Einstellungs- und Einschreibestopps auf die Arbeits- und Studiensituation haben?

Was die Einstellungen angeht, besteht die Hoffnung auf kurzfristige Besserung, sofern Professuren wieder ausgeschrieben und Stellensperren aufgehoben werden.

Für die Studierenden wird das Fächerangebot kleiner, weil Studiengänge wie Indologie und Südasienskunde gestrichen oder Einschreibungen wie in der Politikwissenschaft ausgesetzt werden. In die Studiengänge der Politikwissenschaft sind zurzeit mehr als 1.200 Studierende eingeschrieben. Anders gesagt: Sehr viele Studierende haben Politikwissenschaft als Kombinationsfach im Bachelor oder im Master. Wenn hier keine Neueinschreibungen mehr möglich sind, entfällt eine hochattraktive Kombinationsmöglichkeit. Es ist zu befürchten, dass viele potenzielle Studierende der Martin-Luther-Universität deshalb den Rücken zukehren werden. Für die schon eingeschriebenen Studierenden verschlechtert sich die Betreuungslage. Wer einen Studiengang studiert, der geschlossen werden soll, kann z. B. nicht wissen, welche Lehrkraft einmal für die Betreuung der Abschlussarbeit verfügbar sein wird.

Das spiegelt sich in der Arbeitssituation. Zum einen erleben wir das, was man „Verdichtung“ nennt, d. h. Aufgaben müssen mit weniger Personal bewältigt werden. Zum anderen ist da die Ungewissheit. Mitarbeitende an einer Professur, die nicht wiederbesetzt wird, hängen in der Luft, wenn es keine kontinuierliche Leitung am Lehrstuhl gibt und Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung entfallen.

Welche Probleme werden daraus in der Lehramtsausbildung an Ihrer Fakultät entstehen?

An unserer Fakultät sind im Bereich der Lehramtsausbildung die

Fächer Griechisch und Sozialkunde betroffen. Die kommenden Probleme sind gravierend. Die Gräzistik ist ein „Kleines Fach“, das für das Lehramt Griechisch an Gymnasien zuständig ist. Die einzige Professur für Gräzistik soll wegfallen – während das Lehramtsfach erhalten werden soll. Das Papier, das die Kürzungsbeschlüsse enthält, beruhigt mit der Formulierung, dass die erforderliche Lehre durch eine Lehrkraft für besondere Aufgaben abgedeckt werden könne. Damit lügt man sich in die Tasche. Pro Semester müssen für das Lehramt Griechisch knapp 30 Semesterwochenstunden angeboten werden – das ist mit einer einzigen Lehrkraft für besondere Aufgaben schon vom Umfang her schlicht nicht zu machen; von den erforderlichen Qualifikationen möchte ich gar nicht sprechen. Komplizierter ist die Lage für die Sozialkunde. Die Lehramtsausbildung für das Fach Sozialkunde an Sekundarschulen und Gymnasien wird von der Politikwissenschaft getragen. Hier soll eine der vier fachwissenschaftlichen Professuren wegfallen; eine zweite wird demnächst frei. Alle vier Professuren leisten zu gleichen Teilen einen fachspezifischen Beitrag für den Stundenplan. Deshalb kann der Stundenplan nicht mehr bedient werden, wenn eine Professur wegfällt. Für die Zukunft benötigt man also einen neuen Stundenplan, sprich eine neue Studienordnung, die nur noch mit drei Professuren rechnet. Die neue Ordnung kann man aber erst dann konzipieren, wenn die frei gewordene Professur besetzt ist – im Klartext: erst in einigen Jahren. Das ist so, also müsste man aus einem Auto ein Dreirad machen und dabei für ein paar Jahre mit zwei Reifen auskommen. Während das Kürzungspapier von nur einem Jahr ausgeht, werden mit der Streichung der Professur die Einschreibungen in das Lehramt Sozialkunde tatsächlich für wenigstens drei Jahre ausgesetzt werden müssen. Das ist auch gesellschaftlich verheerend.

Sehen Sie die Handlungsfähigkeit Ihrer Fakultät in der Zukunft noch gegeben, wird sie die an sie gestellten Aufgaben noch erfüllen können?

An unserer Fakultät wird weiter gelehrt und geforscht werden, aber die Mittel werden knapper sein. Wenn Studiengänge gestrichen werden, kann man nicht davon sprechen, dass gestellte Aufgaben nicht erfüllt werden. Man reduziert vielmehr die Aufgaben. Das ist natürlich kein Trost: Eine volle Halbliterflasche ist zwar voll, aber trotzdem ist weniger drin als in einer vollen Literflasche. Im Bereich des Lehramts sieht es anders aus, denn dort kürzt man, ohne die Aufgaben zu reduzieren. Hier ist die Erfüllung der Aufgaben tatsächlich gefährdet.

Fragen an die Koordinatoren des Aktionsbündnisses #MLUnterfinanziert, Lukas Wanke und Jan Niklas Reiche



Foto: Martin Lohmann



Foto: Paulin Amler

In welcher Position sieht sich das Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert, nachdem der Senat mehrheitlich beschlossen hat, die Kürzungen an der MLU umzusetzen?

Der Beschluss des Senates zum Hochschulentwicklungsplan und den damit verbundenen Kürzungen ist natürlich zunächst eine Enttäuschung. Das Rektorat bleibt weiterhin bei seinem Kurs, auf Basis eines wenig legitimierten und unwissenschaftlichen Prozesses einen Kahltschlag an der MLU

durchzusetzen. Durch den Beschluss verschieben sich jedoch die Verantwortlichkeiten: Die katastrophalen Kürzungen in allen betroffenen Fachbereichen können jetzt nur noch durch ein Eingreifen der Landesregierung abgewendet werden. Diesen Umstand wollen wir als Aktionsbündnis in den nächsten Wochen klar artikulieren und dementsprechend Druck auf die Entscheidungsträger*innen in Magdeburg ausüben.

Was hat das Aktionsbündnis im Prozess gemacht, was hätte es anders machen können oder sogar müssen?

Von Beginn an haben wir als Aktionsbündnis den Kürzungsprozess mit Stellungnahmen, Gesprächen und natürlich den regelmäßigen Demonstrationen auf dem Universitätsplatz kritisch begleitet. Damit wollten wir stets deutlich machen, dass eine große Mehrheit der Studierenden und der Mitarbeiter*innen der Universität die Kürzungspläne des Rektorats ablehnt und eine Überwindung des strukturellen Defizits fordert. Die Mobilisierung ist uns dabei

meistens gut gelungen, jedoch führte der zähe Diskussionsprozess mit Zermürbungstaktiken des Rektorats natürlich zu Ermüdungserscheinungen. Rückblickend wäre es jedoch wohl sinnvoller gewesen, schon eher die Arbeit in den hochschulinternen Senatskommissionen nicht weiter zu legitimieren. Das Rektorat nutzte diese, um den Kürzungen durch eine möglichst hohe Beteiligung scheinbar Legitimation zu verleihen. Retrospektiv ist aber klar: Ein Interesse an einer aktiven Partizipation der Hochschulöffentlichkeit oder an alternativen Vorschlägen gab es nie.

Welche Verantwortung sieht das Bündnis bei der Hochschule und welche bei der Landesregierung, dass es jetzt zu solchen gravierenden Einschnitten gekommen ist?

Die Entscheidung zu den Kürzungen selbst hat der Senat getroffen, damit ist dieses oberste Gremium der Hochschule logischerweise erst einmal unmittelbar verantwortlich für die gravierenden Einschnitte. Jedoch ist auch unbestritten, dass die Entscheidungen des Senats nur aufgrund des Damoklesschwertes eines strukturellen Defizits überhaupt so getroffen wurden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode niemals den Senat passiert hätten, wenn nicht die Lage an der MLU so ernst wäre, wie sie sich aktuell zeigt. Insbesondere die vom Rektorat aufgrund der Finanzierungslücke festgesetzte globale Minderausgabe kann hierfür Erklärung sein. Durch den damit verbunden Einstellungsstopp fühlten sich vermutlich viele Senator*innen genötigt, diesen schmerzhaften Kürzungen zuzustimmen. Damit liegt ein großer Teil der Verantwortung also auch bei der Landesregierung, welche die MLU schon über einen längeren Zeitraum nicht mit den für die

Aufgabenerfüllung nötigen finanziellen Mitteln ausstattet. Nur aufgrund dieses strukturellen Defizits ist es zu solch gravierenden Einschnitten gekommen.

Wen seht ihr in der Verantwortung, die beschlossenen Pläne umzusetzen, und was muss beachtet werden, damit zusätzlicher unnötiger Schaden von der MLU abgewendet werden kann?

Bevor diese Pläne von der MLU umgesetzt werden könnten, muss sich jetzt erstmal die Landesregierung klar dazu positionieren. Viele der Studiengänge, welche jetzt auf der Streichungsliste stehen, sind in der Zielvereinbarung zwischen Landesregierung und Universität eindeutig festgeschrieben. Dementsprechend müsste ein einseitiger „Bruch“ dieser Zielvereinbarung durch die Kürzungen bei der Landesregierung und den zuständigen Ministerien auf klaren Widerstand stoßen. Die Lehramtsausbildung, aber auch das Jurastudium oder die vielen bedrohten „Kleinen Fächer“ haben eine besondere Bedeutung für das Land Sachsen-Anhalt und sollten daher erhalten bleiben.

Was plant das Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert für die Zukunft? Geht der Kampf weiter oder ist mit dem Senatsbeschluss vom 6. April die Arbeit erledigt?

Fragen an die Personalräte Dr. Rainer Herter (ver.di) und Bertolt Marquardt (GEW)

In welcher Position sieht sich der Personalrat, nachdem der Senat mehrheitlich beschlossen hat, die Kürzungen an der MLU umzusetzen?

Zunächst ist festzustellen, dass der Senat, sehr sicher mit der Mehrheit der Senatsmitglieder der Mitgliedergruppe I (Professor*innen), einen folgeschweren Beschluss gefasst hat, der den aktiven Abbau von ca. 4.000 Studienplätzen nach sich ziehen wird, ohne dass die finanziellen Probleme der MLU gelöst werden. Die ersten Beschlüsse zur Aussetzung der Immatrikulation zum Wintersemester in 16 Studiengängen hat der Senat schon auf den Weg gebracht. In der Konsequenz werden damit auch eine dreistellige Zahl von Haushalts-, Qualifikations- und auch Drittmittelstellen an der MLU abgeschafft. Die Arbeitsplatzverluste in Halle und der Region dürften vierstellig sein.

Der Personalrat hat als Mitglied des Bündnisses #MLUnterfinanziert bis zur letzten Minute versucht, diesen Einstieg in eine weitere Abwärtsspirale zu verhindern. Jetzt wird der Personalrat versuchen, die härtesten Konsequenzen für die Beschäftigten zu verhindern. Der Personalrat hat die Dienststelle aufgefordert, eine Dienstvereinbarung mit ihm abzuschließen, die z. B. Kündigungen verhindert und die sozialen Standards bei Qualifikationsvorhaben sichert.

Da der Beschluss mittel- und langfristige Konsequenzen für die Angestellten der MLU haben werden, ergibt sich die Frage: Wie wurde die Personalvertretung in den Prozess der Erarbeitung des Hochschulentwicklungsplanes einbezogen?

Der Personalrat wurde kaum einbezogen. In der Struktur- und Finanzkommission ist der Personalrat nur Gast. Die Stellungnahmen des Personalrats wurden, ähnlich wie die von den Senatskommissionen und Fakultäten, kaum oder gar nicht gewürdigt. Vor der entscheidenden Senatssitzung wurde der Personalrat nicht einmal um Stellungnahme gebeten, wie es das Personalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalts verlangt. Deshalb hat der Personalrat die Einleitung eines Beschlussverfahrens vor dem Verwaltungsgericht angeschoben, um die nichtordnungsgemäße Beteiligung des Personalrats feststellen zu lassen.

Wie werden sich die Stellenstreichungen auf die Arbeitssituation der Mitarbeiter*innen der Universität auswirken?

Der Personalrat registriert jetzt schon Bestrebungen, die Arbeitsleistungen der Beschäftigten zu verdichten. Dies wird insbesondere bei den Lehrbelastungen deutlich. Auch sind Institute schon dabei, Lehrangebote abzubauen. Beschäftigte sprechen bereits, genau wie in den vergangenen Abbaurunden, die innere Kündigung aus.

Das Rektorat beabsichtigt eine Umverteilung von Aufgaben, die bis jetzt durch Professor*innen übernommen werden, auf Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfBA). Dieses Vorhaben scheint Probleme aufzuwerfen, insofern es sich häufig um befristete Angestellte nach dem WissZeitVG handelt. Inwiefern soll der

Die Arbeit ist damit noch lange nicht erledigt, vielmehr verschiebt sich lediglich die Vorgehensweise. Unser Ziel ist es jetzt vor allem, der Landesregierung den Spiegel vorzuhalten und klarzumachen, dass diese nun in der Verantwortung steht. Dazu werden wir in den nächsten Wochen immer wieder daran erinnern, dass die geplanten Kürzungen den Wissenschaftsstandort in Sachsen-Anhalt erheblich treffen würden. Darüber hinaus bedrohen insbesondere die Einschnitte in der Lehramtsausbildung oder bei den Rechtswissenschaften auch andere wichtige Bereiche der Landespolitik. Der Lehrer*innenmangel sowie die Personalprobleme in der Justiz werden dadurch nur verstärkt.

Zusätzlich planen wir gemeinsam mit den Interessenvertreter*innen der anderen Hochschulen ein „Bündnis zur Kofinanzierung“. Damit wollen wir die Landesregierung dazu auffordern, dass sie endlich ihren im Zukunftsvertrag versprochenen finanziellen Zuwendungen für die Hochschullandschaft nachkommt. Von einer echten Kofinanzierung durch das Land könnte nicht nur die Martin-Luther-Universität stark profitieren, auch die anderen Hochschulen in Sachsen-Anhalt erhalten damit finanzielle Mittel, um ihren Aufgaben in Forschung und Lehre besser gerecht zu werden.

Personalrat in Entscheidungsprozesse über Befristung und Nichtbefristung mit einbezogen werden?

Zunächst ist die Beschäftigung von LfBAs gemäß des Hochschulgesetzes Sachsen-Anhalt zur Vermittlung von „Fertigkeiten und Kenntnissen“ gedacht. Ursprünglich sollte damit zum Studienangebot nur ergänzender „Unterricht“ abgedeckt werden, wie Sprach-, Sport- und Musikunterricht, gewisse Praktika etc. Das Bundesarbeitsgericht hatte sogar in einer inzwischen relativierten Entscheidung festgestellt, dass LfBA im Sinne des WissZeitVG keine Wissenschaftler seien. Dies ist weltfremd und beleidigt die Beschäftigten. Tatsächlich werden diese Stellen immer mehr genutzt, um auch mit befristeten Verträgen Qualifizierungsvorhaben (Promotionen) durchzuführen – bei doppelt bis vierfacher Lehrbelastung gegenüber einem befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die nunmehr geplante partielle Übertragung professoraler Aufgaben an LfBA stellt zum einen den Versuch des Lohndumpings, zum anderen aber im Duktus der Ständeuniversität einen Qualitätsverlust dar. Letzteres trifft aber in der Regel nicht zu, da auch LfBA-Stellen inzwischen durch gestandene angesehene Wissenschaftler*innen eingenommen werden. Der Senat begeht jedenfalls einen Tabubruch, wenn er erstmalig erklärt, dass Lehramtsausbildung auch nichtprofessoral durchgeführt werden kann. Dies öffnet gleichzeitig die Tür für weitere Streichungen von Professor*innenstellen in der Zukunft und ist ein klarer Wettbewerbsnachteil gegenüber den Universitäten in Magdeburg und ganz Deutschland.

Wie sieht der Personalrat die Zukunft der MLU? Welche Arbeiten müssen erledigt werden, damit die Universität arbeitsfähig ist?

Das Land muss den aktuellen Entwicklungen schleunigst Rechnung tragen. Hierzu gehört zuerst, dass das Wissenschaftsministerium einen neuen, angepassten Hochschulstrukturplan vorlegt, wie es das Hochschulgesetz vorsieht. Des Weiteren geht an einer erhöhten Grundfinanzierung aller Hochschulen kein Weg vorbei. Selbst mit einer schrittweisen Umsetzung der jetzt durch den Senat beschlossenen Kürzungen lässt sich die verbleibende Struktur an der MLU nicht finanzieren. Das Land muss seiner Verpflichtung gegenüber dem Bund, die Mittel des Zukunftsvertrags in gleicher Höhe gegenzufinanzieren, endlich nachkommen! Zurzeit werden die Hochschulen Sachsen-Anhalts gezwungen, die Ko-Finanzierung aus den laufenden Budgets auf dem Papier „darzustellen“. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss man die Hochschulen stärken und ihnen im Interesse des ganzen Landes Entwicklungsmöglichkeiten geben.



Foto: Matthias Rücker



Foto: sw-kommunikation.net

Fragen an die Studierendenratsvorsitzenden, Luise Baack und Anton Borrmann



Foto: StuRa MLU



Foto: StuRa MLU

Wie ist die Stimmung innerhalb der Studierendenschaft, nachdem der Senat mehrheitlich beschlossen hat, die Kürzungen an der MLU umzusetzen?

Von denjenigen Studierenden, die von den Kürzungen etwas mitbekommen haben, nehmen wir Großteils eine niedergeschlagene und frustrierte Stimmung wahr. Insbesondere die Studierenden, die sich in den letzten Wochen und Monaten gegen die Kürzungen engagiert haben, fühlen sich

nun nicht gehört und sind enttäuscht vom akademischen Senat. Jedoch signalisieren viele, sich weiter engagieren zu wollen; insbesondere die am Ende doch knappe Entscheidung macht einen kleinen Hoffnungsschimmer aus. Neben der Frustration macht sich bei einigen die Sorge nach der eigenen Zukunft breit, insbesondere in den besonders betroffenen Bereichen, wie z. B. den Politikwissenschaften. Es darf nicht sein, dass Studierende Angst haben müssen, ihren Abschluss aufgrund fehlender Betreuung nicht erreichen zu können.

Wie charakterisiert ihr den Aushandlungsprozess, der vom Rektor als ein Bottom-up- oder partizipativer Prozess beschrieben wurde?

Die Bezeichnung Bottom-up-Prozess ist lächerlich. Von Anfang an wurde über ein Papier des Rektorats diskutiert, die Bewertung und Einarbeitung von Vorschlägen, wenn sie denn stattfand, erfolgte immer von oben. Die zwischenzeitlichen Online-Portale zur „Mitwirkung“ hatten eine rein symbolische Wirkung, betrachtet man, wie wenige Vorschläge in das Papier aufgenommen wurden. Die Senatskommissionen wurden zwar offiziell mit einbezogen, jedoch wurden ihre Stellungnahmen teils ignoriert oder falsch dargestellt. Der Hochschulöffentlichkeit waren darüber hinaus die notwendigen Papiere, um sich mit einbringen zu können, erst ab Ende Februar zugänglich, und auch dann nur über die Dekan*innen. Nicht einmal das im Zentrum der Diskussion stehende Papier war uns Studierenden zugänglich. Ein von Studierenden und Personal, also der Hochschulöffentlichkeit, erarbeitetes alternatives Konzept, wurde lediglich zur Kenntnis genommen, aber war nicht Gegenstand der Diskussion. Alles in allem war der Prozess in unseren Augen ein von oben geführter, autoritärer Top-down-Prozess.

Wie werden sich eurer Meinung nach die Stellenstreichungen auf die Studierbarkeit zahlreicher Fächer an der MLU auswirken?

Die Studierbarkeit der betreffenden Fächer (und das sind nahezu alle) wird sich massiv verschlechtern. So könnten beispielsweise verschiedene Module nur noch unregelmäßig angeboten werden. Dies hätte bei gleichbleibender Studierendenzahl die Auswirkung, dass nicht alle in der vorgesehenen Zeit alle Module besuchen

könnten und es einen Andrang auf die verhältnismäßig zu wenigen Plätze in den betreffenden Veranstaltungen geben würde. Damit würde sich die Studienzeit, ohne Einflussnahme der Studierenden selbst, verlängern. Dies verringert die Attraktivität betreffender Studiengänge. Besonders betroffen werden Veranstaltungen sein, die mit Praktika gekoppelt sind. Für diese müssten eher zusätzliche Stellen geschaffen werden, um die Betreuung der Studierenden zu gewährleisten; es werden jedoch Stellen gestrichen.

Welche Auswirkungen werden dieser und die jetzt folgenden Schließungsbeschlüsse auf das studentische Leben an der Uni und in der Stadt haben?

Studierende, die selbst direkt von den Kürzungen betroffen sind, werden unter enormen Zeitdruck gestellt und können so kein normales „studentisches Leben“ mehr führen. Natürlich wird damit auch Personen, die gerne in den nun nicht mehr angebotenen Fächern studieren würden, die Möglichkeit genommen, an unsere Uni zu kommen und damit in die Stadt Halle zu ziehen. Viele Auswirkungen, z. B. die Einstellung von Sozialkunde für Lehramter und weiteren Studiengängen der Politikwissenschaften, werden einigen sicherlich erst jetzt bewusst. An allen Ecken wird über die Kürzungen geredet und gemutmaßt, was wohl als nächstes passieren wird. Die Stadt Halle wird vor allem wirtschaftliche Blessuren davontragen.

Welche Konsequenzen zieht der Studierendenrat aus den Verhandlungen für die Zukunft?

Als StuRa müssen wir uns jetzt ernsthaft die Frage stellen, ob wir nach dieser Entscheidung noch der Meinung sind, dass das Rektorat mit seiner Haltung die Studierendenschaft vertritt. Natürlich muss er die gesamte Universität vertreten, doch die 21.000 Studierenden sind die größte Gruppe der Hochschule, wurden aber in dem Prozess nur sehr wenig eingebunden. Am Tage der Abstimmung zeigte sich durch den Protest auf dem Universitätsplatz und die Blockade des Hallischen Saals der große Widerstand der Studierenden. Dass der Rektor den Beschluss nichtsdestotrotz durch den Senat brachte und die Aktionen im Nachhinein sogar noch diffamierte, ist bedenklich. Wir blicken in Richtung der neuen Senatswahl mit dem klaren Ziel: Es braucht einen neuen Senat, der die Vorgänge so gut es geht überdenkt und korrigiert.

Der Druck aufs Land muss nun noch einmal erhöht werden. Das Schweigen des Landes und insbesondere des Ministers war schon vor dem Senatsbeschluss untragbar und schädlich, nun noch viel mehr. Will das Land eine Volluniversität in Halle, dann muss es jetzt intervenieren. Kommt keine Reaktion, dann hat sich zumindest eine Frage geklärt: Dann geht es dem Land und dem Wissenschaftsminister nicht um eine „Profilierung“ oder „Stärkung“ der MLU, sondern die Uni Halle soll kleiner und schwächer werden.

Fragen an Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, und Malte Gerken, stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Stadtverbandes Halle der GEW



Foto: sw-kommunikation.net



Foto: Fotowerk.BF

Der Senat der MLU hat mit 13 zu 10 Stimmen dem Hochschulentwicklungsplan des Rektorats und damit den massiven Kürzungen zugestimmt. Welche Veränderungen wird diese Entscheidung aus Sicht der GEW auf die Bildungslandschaft von Sachsen-Anhalt haben?

Die GEW Sachsen-Anhalt vertritt viele Studierende und Mitarbeiter*innen/Professor*innen der MLU. Als Vertreter*innen der GEW fordern wir ein vielfältiges Studienangebot mit entsprechender personeller Untersetzung für eine qualitativ hochwertige Lehre und Forschung und sind entsetzt über den geplanten Kahlschlag. Vielen Außenstehenden ist nicht bewusst, dass mit 4.000 nahezu ein Fünftel der gesamten 21.000 Studienplätze geopfert werden sollen; damit sind rund 25 der 355 Professuren bedroht. Dazu kommen noch massive Kürzungen in Höhe von acht Millionen Euro in den nächsten acht Jahren bei den Personalkosten für z. B. wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Das ist aus unserer Sicht nicht zu verantworten – aktuell und

perspektivisch fehlen dem Land Sachsen-Anhalt z. B. Lehrkräfte und in Ärzt*innen in großer Anzahl. Und die Folgen der geplanten sogenannten Sparmaßnahmen sind noch viel weitreichender: Denn Studierende und Beschäftigte der MLU sind in Halle gemeldet oder zahlen Zweitwohnsitzsteuer, gehen einkaufen, in die Kneipe, ins Theater, ins Restaurant oder ins Kino, Studierende senken den Altersdurchschnitt und bringen Schwung und Leben in eine Stadt. Auch diese Auswirkungen werden die Stadt Halle und damit auch Sachsen-Anhalt hart treffen. Die geplanten Kürzungen bzw. auch die sich verschlechternden Bedingungen werden sich herumsprechen und dafür sorgen, dass sich zukünftig noch weniger Studierende, Lehrende und Partnerunternehmen aus der Wirtschaft in Halle und damit auch in Sachsen-Anhalt ansiedeln. Die Bildungslandschaft wird in jeder Hinsicht Schaden davontragen.

Welche langfristigen Auswirkungen sieht die GEW im Bereich der Lehramtsausbildung und bei der Überwindung des Lehrkräftemangels?

Hier werden die Einschnitte den größten Schaden anrichten. Schon jetzt kann das Land Sachsen-Anhalt nur ca. ein Drittel der

benötigten Lehrer*innen im Land ausbilden, von denen ein nicht unerheblicher Teil das Land nach Studienende wieder verlässt. In Fächern wie z. B. Chemie aber auch im Lehramt für Grundschulen und Förderschulen werden dringend benötigte Bewerber*innen aufgrund von Kapazitätsmangel in der Ausstattung und den Lehrenden abgelehnt. Diese Situation wird sich durch die Kürzungen massiv verschärfen. Überfüllte Seminare und Einschnitte in der Betreuung der Studierenden werden die Qualität und Attraktivität der Lehramtsausbildung schmälern, zudem ist auch die Abschaffung des Lehramtes Sozialkunde – hier soll im kommenden Wintersemester nicht immatrikuliert werden – oder einer Professur für Pädagogik für Lernbeeinträchtigungen noch nicht vom Tisch. Ebenso soll die einzige Stelle im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ gestrichen werden. Damit werden sich künftig noch weniger Lehramtsstudierende für den Studienort Halle/Sachsen-Anhalt entscheiden und den Abwärtstrend verschärfen. Das Problem des Unterrichtsausfalls und der Mehrbelastung für die verbliebenen Lehrkräfte wird sich deshalb ebenfalls massiv verschärfen.

Kann man im Zusammenhang mit den jetzt beschlossenen Kürzungen noch von einem Wissenschaftsstandort Halle oder Sachsen-Anhalt sprechen?

Stellt man statistisch die Wegzüge und Sterbefälle im Land Sachsen-Anhalt den Geburten und Zuzügen gegenüber, so ergab sich 2021 ein Minus von 8.541 Menschen. Das sind eindeutige Zeichen von Überalterung und mangelnder Standortattraktivität für Menschen und Unternehmen und zeigt, dass die beschlossenen Kürzungen genau der falsche Weg sind. Gut aufgestellte Hochschulen und Universitäten mit guten Studienbedingungen, zukunftssträchtigen Lehr- und Forschungsbedingungen und attraktiven Stellen für die Mitarbeiter*innen sind das Zugpferd für Menschen und Unternehmen, sich in Sachsen-Anhalt und damit auch in Halle niederzulassen. Sachsen-Anhalts und Halles Bedeutung als konkurrenzfähiger Wissenschaftsstandort wird durch die beschlossenen Kürzungen abgewertet, insbesondere auch deshalb, weil so eine aufstrebende Universitätsstadt wie Leipzig gerade mal 40 Kilometer entfernt ist.

Welche Verantwortung muss die Landesregierung gegenüber den Hochschulen übernehmen, damit sowohl Forschung und auch Lehre sichergestellt werden können und das Land mit seinen Hochschulen ein attraktiver Arbeits- und Studienort bleibt?

Aus unserer Sicht darf sich die Landesregierung nicht mehr auf veraltete Beschlüsse aus dem Jahr 2014 berufen, die unter ganz anderen Voraussetzungen, nämlich unter dem Personalabbau-Diktat des damaligen Finanzministers Bullerjahn zustande gekommen sind. Jetzt, fast zehn Jahre später und unter dem Eindruck eines kaum zu beherrschenden Personal Mangels in vielen Bereichen, muss die Hochschullandschaft im Land neu gedacht werden. Das betrifft auch die Ausgestaltung der Studiengänge, für die das Land unmittelbar verantwortlich ist, wie die Lehrer*innenbildung an beiden Universitäten und die vertraglich zugesicherte und nicht voll umgesetzte Kofinanzierung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre. Dazu gehört aus Sicht der GEW auch die künftige Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse für Studierende und Mitarbeiter*innen, die tarifvertraglich und nicht prekär geregelt werden muss. So betrachtet, geht es auch nicht nur um die Uni Halle, sondern um attraktive Bedingungen am Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Ins Boot

gehören alle Verantwortlichen und alle Hochschulen, vielleicht für einen neuen, diesmal nicht erpressten, sondern aus vollen Herzen unterschriebenen „Bernburger Frieden“.

Die Uni Halle braucht jetzt eine schnelle Lösung, notfalls eine Übergangslösung, einen Hoffnungsschimmer. Das muss die Landesregierung leisten, ehe das Porzellan völlig zerschlagen ist.

Was kann die GEW gegenüber den politischen Verantwortsträgern tun, um weiteren Abbau- und Sparmaßnahmen entgegenzuwirken?

Was Gewerkschaften tun können: Mahnen und argumentieren, Gespräche suchen, demonstrieren und die demokratischen Gremien der Uni unterstützen. Wir positionieren uns klar und geben Rechtsschutz für unsere Mitglieder. Für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gibt es Tarifverhandlungen, auch für studentische Beschäftigte.

Liebe Jenny, wieder einmal musste ich zur Straßenbahn rennen, wieder einmal setzte ich mich abgehetzt neben die Lehrerin, und wieder einmal lächelten wir uns verschwörerisch an: Aber diesen Tag beherrschen wir – sicher und gewiss oder ein bisschen, doch irgendwie schon ... uns einten kratzbürstige Zuversicht und die Absicht, ein wenig Bildung vorstellen und verbreiten zu können.

Die Tochter meiner Arbeitswegnachbarin hielt wie an jedem Tag ihr Lieblingskuscheltier fest im Arm, streichelte es sanft und sagte plötzlich zu ihrer Mutter: „Meinen Papageitaucher aus Plüsch setze ich im Kindergarten neben das Vogelhäuschen. Dort wird er fliegen lernen, er ist so begabt. Bald steigt er auf und besichtigt die Welt. Beim Abendbrot kann er uns von seinen Erlebnissen berichten, wir müssen lediglich aufmerksam sein.“

„Das ist wunderbar“, meinte daraufhin die Mama, „bereits jetzt freue ich mich auf den Abend.“

Sie wird einen feinen Unterricht machen, diese Lehrerin, das war mir sofort klar, sie wird gestärkt durch die anregenden Gedanken an ihre Familie und an ein fliegendes Stofftier, das Geschichten erzählt.

Liebe Jenny, wir wissen alle, wie wichtig es ist, in einer Gemeinschaft zu leben und in der bestens aufgehoben zu sein, Vertrauen und Zuneigung zu fühlen. Filmleute machen uns das manchmal überaus deutlich, wenn sie einen Preis erhalten haben: „Innigster Dank gilt meinem Team und meiner Mama, meiner Katze auch“, könnte durchaus dabei vorgetragen werden. Das heißt: Allein bin ich nichts. Und was hatte mir die kleine Leiterin einer Vogelflugschule vorhin noch mitgegeben? Alles können wir lernen, wenn wir mutig sind und uns konsequent für einen Erfolg einsetzen.

Mit dieser These bin ich ins Institut gestürzt, mit der wollte ich mein Seminar eröffnen, mit der wollte ich Selbstvertrauen unter den Studis verbreiten. Auf dem Flur allerdings wurde ich von einem Kollegen aufgehalten, der mir zurief, es sei beabsichtigt, auch seinen Studiengang einzustellen.

Studiengang einstellen? Wer kommt denn auf so was? Es ist in unserer höchst komplexen Zeit vielmehr dringend geboten, Studiengänge ins Leben zu rufen, einer mit dem Ziel Friedensmanagement würde mir sofort einfallen, ein anderer könnte unter dem Namen Ökologie einer späteren Zukunft starten. Der Kollege möge sich für ein „Sondervermögen“ Bildung einsetzen, schlug ich ihm vor, ehe ich mich atemlos in den Hörsaal stürzte. Den empfand ich als unnatürlich still. Alle Blicke waren nach vorn gerichtet, ich las: „J' accuse...!“, mehr stand nicht auf der ansonsten blitzblank geputzten Tafel.

Wir hatten, liebe Jenny, in einem vergangenen Seminar über den Schriftsteller Émile Zola gesprochen – jetzt stand ich vor dem Titel seiner Anklageschrift. Gerade noch konnte ich fragend die Stirn runzeln, da brach unvermittelt die Diskussion los: „So sehr wünsche ich mir Frieden ... und keine Klimakatastrophe ... eben, Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg ... Kriegsverbrecher anklagen ... wer muss wegen des Klimas angeklagt werden ... was macht dieser Krieg aus uns ... manchmal fühle ich mich verwirrt und hilflos wie Don Quijote ... sehen Weltraumfahrer die Raketen fliegen ... Depression als Normalzustand ... das Corona-Virus existiert auch noch ... manchmal ist mir danach, mich ängstlich zu verkriechen, um einen Zaubertrank fürs Glück zu erfinden ... hör lieber dem morgendlichen Hochzeitslied der Amsel zu ... darf ich mir nachher „no drama“ aufs T-Shirt drucken ... es gibt sowohl unabweisbare Notwendigkeiten als auch gute Gründe für Hoffnung ... wir müssen einfach mehr lernen und noch mehr verstehen ... wir müssen vor allem uns selbst verstehen ... aber den Schulen fehlt Personal ... also Verfassungsauftrag „allerbeste Bildung“ ... und Kinder als Mitgestalter unserer Gesellschaft ...“.

Noch längere Zeit ging es derart durcheinander; nicht überraschend wiederum hing alles mit allem zusammen.

Als ich schließlich versuchte, wenigstens eine Antwort zu finden, sah ich draußen einen Papageitaucher vorbeifliegen.

Voller Zuversicht grüßt dich

Deine Laura

Arbeits- und Gesundheitsschutz an öffentlichen Schulen: Der lange Weg zum Präventionstag

„Als Ausdruck der Wertschätzung und im Bewusstsein der hohen Ansprüche und Anforderungen an den Lehrerberuf schaffen wir derzeit die Voraussetzungen dafür, dass den Lehrkräften in Sachsen-Anhalt schon ab dem 1. Januar 2022 der im Koalitionsvertrag vorgesehene jährliche Präventionstag zur Verfügung stehen wird“, so Ministerin Eva Feußer in einem Interview Anfang Oktober 2021.

Bei solchen Worten wird es einem gleich warm ums Herz, zeugen sie doch von ernsthaftem Bemühen und dem Bewusstsein, dass die Gesundheit der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter*innen ein wertvolles Gut ist, um die seit Jahren angespannte Unterrichtsversorgung aufrecht zu erhalten.

Konnte ich gerade ein leichtes Schmunzeln beim Lesen des letzten Satzes sehen? Sicher. Einerseits haben wir bereits Mai 2022 und die Wertschätzung lässt auf sich warten, da die bürokratischen Hürden in unserem Land auch beim „Wertschätzen“ nicht niedriger werden. Andererseits hat der angekündigte Präventionstag eine längere Vorgeschichte und wurde maßgeblich durch die GEW-Mitglieder im Lehrerhauptpersonalrat vor sieben Jahren angeregt.

Wertschätzung = Einfluss

Spätestens ab 2013, als die Medical Airport Service GmbH (MAS) den Arbeits- und Gesundheitsschutz an den öffentlichen Schulen des Landes übernahm und so etwas wie Kontinuität in diesem Bereich in den Einrichtungen einzog, wurde deutlich, dass die arbeitssicherheitstechnische und -medizinische Betreuung nicht nur in Nachmittagsveranstaltungen und/oder Vorbereitungstagen zu bewältigen ist. Insbesondere die vielfältigen Angebote für die Kollegien konzentrierten sich zunehmend auf die Tage vor Beginn des neuen Schuljahres, was zu erheblichen organisatorischen Problemen bei dem MAS führte. Veranstaltungen in den Nachmittagsstunden waren eher weniger gefragt, da angesichts der zunehmenden Dauerbelastung am Vormittag und die stetig wachsenden Arbeitsaufgaben

kaum Raum für Gesundheitsthemen in den Köpfen der Lehrkräfte und PM zuließen. Aus Sicht der GEW und des LHPR war und ist es notwendig, die Gesundheitsförderung weiter auszudehnen und – dem Beispiel einiger Bundesländer folgend – einen Präventionstag einzufordern, was zu einer Entzerrung bei der Terminvergabe führt und auch bei dem MAS auf offene Ohren stieß. Hier gab es noch unter Minister Tullner 2018 die erste Zusage, einen solchen Präventionstag in den kommenden Jahren zu installieren, an dem auch nach dem Wechsel im Bildungsministerium festgehalten wurde.

Zum Zeitpunkt der Verkündung des Präventionstages im Oktober 2021 wartete der LHPR bereits auf die Fortsetzung der Gespräche, die im Juli begannen und zunächst vertagt wurden. Neben inhaltlichen Aspekten galt es laut Ministerium, auch die haushaltsrechtlichen Fragen hierzu noch abzuklären. Zusätzliche Mittel müssen vom Landtag genehmigt und in einem Rahmen liegen, der eine EU-weite Neuausschreibung nicht erfordert.

Wertschätzung = Bedeutung

Seit März liegen dem LHPR die zusätzlichen Haushaltsmittel vor: Das nunmehr zur Verfügung stehende Gesamtvolumen von bis zu 4.600 Stunden wird durch den bereits bekannten Anbieter Medical Airport Service GmbH (MAS) abgedeckt und Veranstaltungen können auf dessen Internetseite gebucht werden.

Da es absehbar ist, dass nicht alle 871 Schulen die Angebote nutzen können, sind die Einrichtungen dazu angehalten, auf kostenfreie Drittanbieter auszuweichen und/oder bei bestimmten Themen mit anderen Einrichtungen zu kooperieren. Die derzeitige Erlasslage sieht vor, dass das Landesschulamt bei Überzeichnung der MAS-Angebote die Entscheidung über deren Vergabe vornimmt. Dabei ist das Mitbestimmungsverfahren mit den Lehrerbezirkspersonalräten einzuleiten, um ein transparentes Auswahlverfahren zu ermöglichen.

Der LHPR hat gegenüber dem Bildungsministerium darauf gedrungen, eine Liste mit möglichen Drittanbietern zu erstellen, damit den Schulen die mühsame Suche nach solchen erspart bleibt. Dies wurde zugesichert und soll kontinuierlich erweitert werden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Einrichtungen auf den Weg machen, den Präventionstag als zusätzliche Gesundheitsvorsorge zu nutzen und der MAS seine Angebote auf diesen speziellen Tag anpasst und ausgestaltet. Weiterhin bedarf es einer breiten Auswahl möglicher Drittanbieter, die den Schulen gesundheitsfördernde Themen kostenfrei zu Verfügung stellen. Mit dem Bildungsministerium ist vereinbart, nach einem Jahr die Startphase des Präventionstages zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Daher sind alle Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, ihre Erfahrungen bei der Planung und Durchführung des Präventionstages dem Lehrerhauptpersonalrat mitzuteilen. Diese können dann Grundlage für die Überarbeitung der Erlasslage sein, um den Präventionstag in den kommenden Jahren als festen Bestandteil des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu etablieren. Dabei ist es wichtig, dass dieser für alle Beschäftigten der Schulen als Bereicherung und nicht als Belastung gesehen wird.

Wertschätzung = Anerkennung

Weshalb die Veröffentlichung des Erlasses noch auf sich warten lässt, ist unklar. Die Zeit drängt, da im Mai die Einrichtungen den Präventionstag planen müssen, sofern dieser im ersten Halbjahr des neuen Schuljahres durchgeführt werden soll. Es kann nur vermutet werden, dass die getroffenen inhaltlichen Abstimmungen zwischen Bildungsministerium und LHPR möglicherweise doch noch zu weit auseinanderliegen und die angedachte Wertschätzung noch einige bürokratische Hürden zu überwinden hat.

Mike Tomaschewski



GEW-Sommerakademie 2022:

Weiterbildung findet erneut als Online-Akademie statt

Aufgrund der schwierigen und unvorhersehbaren Pandemielage hat sich die GEW-Sachsen-Anhalt dazu entschlossen, ihre Sommerakademie in diesem Jahr vom 18. bis 19. Juli 2022 erneut online durchzuführen.

Seminarangebote

1. „Leistungsfähiger, resilient und gelassener – 21 Möglichkeiten der Stressbewältigung im pädagogischen Umfeld“
Referent: Dr. Dieter Böhm, Brain Consult Barleben
Termin: **18. Juli 2022** von 9.00 bis 15.00 Uhr (inkl. Pausen)
2. „Aufmerksam, konzentrierter und flexibler werden – Lernen aus der Sicht der modernen Gehirnforschung“
Referent: Dr. Dieter Böhm, Brain Consult Barleben
Termin: **19. Juli 2022** von 9.00 bis 15.00 Uhr (inkl. Pausen)

3. „Moodle – Was ist das überhaupt?“
Referent: Torsten Richter, GEW-Bildungsakademie
Termin: **18. Juli 2022** von 13.00 bis 16.00 Uhr (inkl. Pausen)
4. „Aufsicht, Fürsorge und Haftung – Ständig mit einem Bein im Gefängnis?“
Referent: Torsten Richter, GEW-Bildungsakademie
Termin: **19. Juli 2022** von 9.00 bis 15.00 Uhr (inkl. Pausen)
5. „Urheberrecht an der Schule“
Referent: Heiko Bauer, GEW-Bildungsakademie
Termin: **18. Juli 2022** von 13.00 bis 16.00 Uhr (inkl. Pausen)
6. „Datenschutz an der Schule“
Referent: Heiko Bauer, GEW-Bildungsakademie
Termin: **19. Juli 2022** von 13.00 bis 16.00 Uhr (inkl. Pausen)
7. „Scratch ... macht es möglich!“
Referentinnen: Saskia Kunz und Sarah Stumpf, BMBF-Projekt „DikoLa – Digital kompetent im Lehramt“

Termine: 18.–19. Juli 2022 jeweils von 9.00 bis 13.00 Uhr
(inkl. Pausen)

8. „Smartphone, YouTube, Beauty-App – Digitale Medienwelten, Jugendliche und die Medienpädagogik“

Referent: Marco Geßner, freiberuflicher Medienpädagoge

Termine: 18.–19. Juli 2022 jeweils von 9.00 bis 15.00 Uhr
(inkl. Pausen)

**9. „Schule – Der alltägliche Wahnsinn“
(für Lehrkräfte im Seiteneinstieg)**

Referentin: Angela Schewe, Vorsitzende des LBPR Süd

Termin: 18. Juli 2022 von 9.00 bis 12.00 Uhr

**10. „Darf die Schulleitung das überhaupt?“
(für Personalräte an Schulen)“**

Referentin: Angela Schewe, Vorsitzende des LBPR Süd

Termin: 18. Juli 2022 von 13.00 bis 16.00 Uhr

Alle Informationen zur Sommerakademie sowie ausführliche Beschreibungen zu den Seminarangeboten finden Sie unter www.gew-sommerakademie.de

Organisatorische Hinweise

Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist die Teilnahme kostenfrei, für andere Teilnehmer*innen wird ein Unkostenbeitrag von 50 Euro (ein Seminar) bzw. 75 Euro (mehrere Seminare) erhoben (die Beiträge sind steuerlich absetzbar). Wer spätestens am Tag vor Beginn der Sommerakademie Mitglied der GEW wird, braucht selbstverständlich keinen Teilnahmebeitrag zu entrichten.

Der Anmeldeschluss für die Veranstaltungen der Online-Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt ist der 17. Juni 2022. Unter www.gew-sommerakademie.de finden Sie neben der ausführlichen

Beschreibung der Themen jeweils einen Link zur Anmeldung zum jeweiligen Seminar.

Unsere Veranstaltungsplattform ist Zoom. Möchten Sie zwei oder mehr Themen nutzen, ist für jedes Seminar eine Anmeldung nötig. Bitte achten Sie auf die verschiedenen Zeiten der Seminare.

Nach Ihrer persönlichen Anmeldung erhalten Mitglieder der GEW eine Bestätigungsmail mit den entsprechenden Zugangsdaten. Dieser ermöglicht die Teilnahme am Seminar. Bitte überprüfen Sie auch den Spam-Ordner, sollte Sie die E-Mail zur Bestätigung nicht im Posteingang erscheinen.

Für alle anderen Teilnehmer*innen erfolgt die Zusendung der Bestätigungsmail nach Zahlungseingang des Unkostenbeitrages von 50 Euro für ein Seminar und 75 Euro für mehrere Seminare per Paypal auf unserer Internetseite. Nach einer Woche ohne Zahlungseingang wird die Anmeldung gelöscht. Eine gesonderte Aufforderung zur Zahlung erfolgt nicht.

Am 15. Juli 2022 übersenden wir zur Erinnerung nochmals die Bestätigung der Teilnahme mit den Zugangsdaten.

Sollte das jeweilige Seminar abgesagt werden müssen, wird es den Teilnehmenden umgehend mitgeteilt und der ggf. gezahlte Teilnahmebeitrag zurücküberwiesen.

Unsere Veranstaltungsplattform ist Zoom. Der Zoom-Client ist vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nach dem internationalen Standard Common Criteria zertifiziert (BSI-DSZ-CC-1173-2021).

Zum Ausprobieren der Zoom-Veranstaltung bieten wir einige Tage vorher einen betreuten Testzugang an. Hinweise hierzu finden Sie auf der angegebenen Internetseite.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten nach der Sommerakademie ein Zertifikat über ihre erfolgreiche Teilnahme.



Migrationsforscher Dr. Mark Terkessidis:

Warum wir im Unterricht über Imperialismus diskutieren müssen

Der Titel „Das postkoloniale Klassenzimmer“ ist im Jahr 2021 beim Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ als Baustein 12 erschienen. Das Buch beschäftigt sich mit dem Kolonialismus und Anti- bzw. De-Kolonialismus – ein Thema, das seit mehreren Jahrzehnten ein zentraler Anhaltspunkt der internationalen historischen und soziologischen Forschung geworden ist. In Deutschland ist der Gegenstand des Kolonialismus hingegen nicht ganz so stark ausgeprägt und die koloniale Vergangenheit Deutschlands spielt im Unterricht an deutschen Schulen keine übergeordnete Rolle. Dies will Dr. Mark Terkessidis mit seiner Publikation „Das postkoloniale Klassenzimmer“ ändern, die sich mit dem Hintergrund der deutschen Kolonialgeschichte und ihren Auswirkungen auf die gegenwärtige Gesellschaft befasst.

Der Autor, Journalist und Migrationsforscher hat sich der Redaktion der EuW für ein kurzes Interview zur Verfügung gestellt; das Interview führte Lotta Mertens.

Herr Dr. Terkessidis, was war für Sie der Anlass, sich heute diesem Thema zuzuwenden?

In den letzten Jahren ist das Thema Kolonialismus international wieder auf die Tagesordnung gekommen. Wir merken einfach, dass wir in vielerlei Hinsicht auch heute noch in globalen Ungleichgewichten und Wissensstrukturen leben, die in der Kolonialzeit entstanden sind. In Deutschland wurde in den letzten Jahren auch heftig über Straßennamen gestritten, die einen

Kolonialbezug hatten, oder über Museumssammlungen, die mit Gewalt „angeschafft“ wurden. Da stehen wir aber noch ganz am Anfang. Wichtig ist auch, dass der deutsche Imperialismus auch europäische Dimensionen hatte und sich auf Polen, Ost- und Südosteuropa und das Osmanische Reich richtete. Das ist eine komplizierte Geschichte, bei deren Aufarbeitung wir noch ganz am Anfang stehen.

Interessieren sich Jugendliche denn für dieses Thema?

Klar. Zum einen sind ja gerade Jugendliche per se auf der Suche nach sich selbst und dabei spielt es eine Rolle, wo die eigenen Vorfahren herkommen und was sie gemacht haben. Heute sind in vielen Schulklassen die Kinder mit Migrationshintergrund in der Mehrheit, was auch bedeutet: Die Vorfahren haben sich an verschiedenen Orten aufgehalten, und es gibt unterschiedliche Perspektiven auf die Geschichte. Wenn ich frage, wo waren eure Vorfahren 1890, 1915 und 1940, dann kann ich sicherlich eine Weltkarte zeichnen. Und dann lohnt es sich ja, über Imperialismus zu diskutieren, weil viele Kinder Vorfahren in Ländern hatten, mit denen die heutige Bundesrepublik postkoloniale Beziehungen hat. Das ist ja fast ein Laboratorium für das Geschichtsverständnis einer Gesellschaft, die einen dramatischen Wandel durchläuft.

Wie kann man das Buch Lehrkräften zugänglich machen?

Das Interesse war ja gleich sehr hoch, die Lehrkräfte sind ja ständig mit der Frage konfrontiert, wie sie mit der Heterogenität

umgehen. Und das ist ja auch für die Lehrkräfte interessant: das ist kein Kapitel deutscher Geschichte, über das wir schon viel wissen. Da kann man ja auch mit den Schüler*innen gemeinsam auf Forschungsreise gehen – und genau dazu soll das Buchlein auch anregen.

Was ist denn das pädagogische Ziel, das Sie mit Ihrer Publikation verfolgen?

In den meisten aktuellen Lehrplänen steht ja drin, dass die Schüler*innen sich – im Sinne der Orientierung in einer komplizierten Welt – mit der Vorgeschichte der Globalisierung befassen sollen. Das würde aber auch bedeuten, dass wir pädagogisch wegkommen müssen von der eurozentrischen Geschichtsschreibung. Wir können in den diversen Klassen die Räume aufsuchen, die der Literaturtheoretiker und Sachbuchautor Edward Said als „sich-überschneidende Territorien“ bezeichnet hat. Also: Deutsche Geschichte lässt sich ohne die Geschichte Tansanias oder Polens nicht erzählen. Und genau da gehen die Ziele sogar weit über die Pädagogik hinaus: Die Schule ist doch der Ort, an dem „unsere“ Gesellschaft ihr „Wir“ erfindet. Hier können alle gemeinsam über Herkunft, nationales Erbe, Geschichte und Verantwortung diskutieren. Was für eine Chance, wo gibt es denn später noch eine solche Möglichkeit?

Das Buch kann im Courage-Shop bestellt oder kostenfrei heruntergeladen werden: <https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/baustein-12-das-postkoloniale-klassenzimmer/>



Foto: Andreas Langen



Angela Ryll: Eine Frau bleibt am Ball

In der DDR dazu „verdonnert“, nach der Wende mit ganz bewusstem Engagement: Was die Hallenserin Angela Ryll mit ihren GEW-Mitstreitern erreichen will – und was sie mit einem Jux „anrichtete“.

Sie hat selbst 15 Jahre aktiv Fußball gespielt – als kampfstarke Außenverteidigerin –, war dann Mannschaftsbetreuerin der Landesliga-Kicker von Askania Nietleben und ist noch heute als Ordnerin bei den Spielen des Fußballvereins und Motoball-Teams ihrer Heimatstadt im Einsatz: Angela Ryll, die im GEW-Stadtvorstand Halle der Fachgruppe Kita/Jugendhilfe vorsteht, ist im ganz wortwörtlichen Sinne eine Frau, die am Ball bleibt. Auch beim jüngsten Warnstreik der GEW im April bezog die heute 55-Jährige Position und hielt buchstäblich die Fahne hoch.



Foto: Andreas Löffler

Angela Rylls gewerkschaftliches Engagement hat eine lange Geschichte: „Zu DDR-Zeiten wurde man zur Mitgliedschaft im FDGB, dem von der Staatsführung gelenkten sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, ja förmlich verdonnert. Nach der politischen Wende bin ich dann so ziemlich nahtlos bei der GEW gelandet, was – wenn man so will – der Beginn meiner eigentlichen Bewusstwerdung als Gewerkschaftsmitglied war“, erzählt sie. Was sie bei ihrem Engagement antreibt? „Es gibt immer viel Rumgemeckere, aber wenig Bereitschaft, für eine Änderung des Kritisierten einzustehen. Sowas ärgert mich; und so möchte ich nicht sein“, sagt Angela Ryll bestimmt. Und wenn sie sich selbst keineswegs als „Vorzeige-Kämpferin“ empfindet – „sooo viel Kraft habe ich gar nicht“, meint sie mit einer gehörigen Portion Understatement – vermitteln allein ihre Vita und ausgeübten Funktionen einen anderen Eindruck: Neben der Fachgruppenleitung im GEW-Stadtvorstand ist sie Personalratsmitglied beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle und wirkt seit vielen Jahren in der Bundestarifkommission mit.

Nun also – und gewissermaßen als jüngster Ausdruck ihres Engagements – der Warnstreik. „Es geht uns generell um eine Aufwertung und stärkere Wertschätzung unseres Tuns. Und aktuell ganz konkret zum Beispiel darum, dass jene Kollegen, die praktisch täglich mit gehandicapten Kindern arbeiten, prinzipiell und nicht nur in Einzelfällen tariflich als ‚Erzieher mit höherwertiger Tätigkeit‘ eingruppiert und entsprechend besser vergütet werden“, erläutert Angela Ryll. Noch in der DDR zur Kindergärtnerin ausgebildet, tat sie nach der Wende der aus ihrer Sicht durchaus diskutablen Forderung Genüge, sich sozusagen ein zweites Mal zur „Staatlich anerkannten Erzieherin“, wie der mit dem erneuten Abschluss erreichte berufliche Titel nun hieß, qualifizieren zu lassen. Nach einer zusätzlich und aus eigenem Antrieb „draufgepackten“ Weiterbildung zur Heilpädagogin ist die Hallenserin seit zwei Jahrzehnten in der Integrativen Kindertagesstätte „Däumelinchen“ im Stadtteil Silberhöhe tätig. Und bekommt somit aus unmittelbarem Erleben vor Ort und an der Basis mit, wo der Schuh drückt beziehungsweise an welchen Stellen sowohl mit Blick auf die dort betreuten Kinder als auch deren Betreuer noch Verbesserungs- und Optimierungspotenzial liegt. „Der Stress nimmt zu – nicht zuletzt durch die immer umfangreicheren Dokumentationspflichten“, findet sie. So gut es prinzipiell sei, dass den Erziehern nun für Vor- und Nachbereitung die sogenannte Verfügungszeit zugewilligt werde, so zwangsläufig ginge ebendiese zu Lasten der sogenannten Kontaktstunden, also der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern – ein enormes Dilemma. „Wenn man also eine echte und tatsächliche Verbesserung erreichen will, kann die einzig logische Konsequenz im Grunde nur lauten, dass man, jeweils gerechnet auf etwa 20 Beschäftigte, noch eine zusätzliche pädagogische Kraft einstellt – auch dafür setzen wir uns ein.“

Apropos Einsatz: Natürlich würde sich Angela Ryll wünschen (und wirbt auch dafür), dass sich noch mehr Kollegen als Mitglied in der Gewerkschaft engagieren – in ihrer Einrichtung sind es derzeit vier von 20. „Ich bin wirklich zutiefst davon überzeugt, dass die ‚gebündelte Kampfkraft‘ der GEW etwas bringt – sei es das Auffangen von Problemen, das Umsetzen in Forderungen, die diesbezüglich Abhilfe schaffen könnten, oder das Finden von Lösungswegen“, betont sie. Insofern sei sie über die verbreitete Passivität mitunter fast ein wenig erstaunt. „Ich kämpfe eigentlich ausschließlich für euch, denn ich ganz persönlich habe das schon“, beschreibt sie etwa ihre Gedanken hinsichtlich der aktuellen GEW-Forderung nach prinzipieller tariflicher Eingruppierung der mit gehandicapten Heranwachsenden Arbeitenden als „Erzieher mit höherwertiger Tätigkeit“.

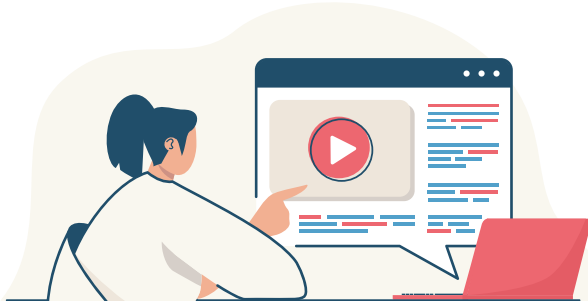
Um für ihr Unverständnis über manche Lethargie bei ihren doch eigentlich „naturgemäßen“ Mitstreitern ein Ventil zu finden, habe sie sich einst sogar mal einen kleinen Jux erlaubt. „Als ich nach einer erfolgreichen Tarifrunde gerade von Nicht-Mitgliedern immer wieder gefragt wurde, wann denn die Gehaltserhöhung komme, habe ich entgegnet, dass sie wohl das Kleingedruckte – gilt nur für Gewerkschafter und Streikteilnehmer – nicht gelesen hätten, diesen reichlich konsternierte Mienen hervorrufenden Scherz dann aber schnell aufgelöst.“ Was beweist: Eine fröhliche und lebenslustige Frau ist Angela Ryll trotz mancher Frustration auch bei ihrem gewerkschaftlichen Tun („Ich wollte, wir würden noch viel mehr erreichen“) allemal geblieben. „Ich brauche – und habe zum Glück – einen persönlichen Wohlfühlbereich: Ich sehe meinen Beruf als Berufung, weil man gerade den Jüngsten noch viele prägende Impulse mit auf den Lebensweg geben kann. Und ich genieße Kinobesuche und andere Freizeitaktivitäten mit meinem Partner, vor allem unsere gemeinsamen Einsätze ‚am Ball‘ – als Ordnerin beim Fußball, um genau zu sein“, meint sie lachend.

Andreas Löffler, freier Journalist

Digitaler Neustart:

Jetzt ist eure Hilfe gefordert!

(EuW) Eine gute Website ist heutzutage das A und O, denn für viele ist der erste Blick auf die Website eines Unternehmens, Vereins oder einer Institution entscheidend. Dazu kommen die Optimierung der Website zur Nutzung mit Mobilgeräten sowie eine gute Sichtbarkeit im Netz. Diese Anforderungen sollen zukünftig auch die Website der GEW Sachsen-Anhalt erfüllen.



Deshalb braucht unser Projektteam „Website-Relaunch“ jetzt eure Hilfe! Mit einer kurzen Online-Umfrage möchten wir herausfinden, was ihr euch wünscht: Welche Themen und Inhalte der Website sind euch besonders wichtig und welche empfindet ihr eher als unwichtig? Welche wichtigen Themen und Inhalte fehlen eurer Meinung nach noch bei dem derzeitigen Internetauftritt der GEW Sachsen-Anhalt? Die Umfrage findet ihr unter www.gew-sachsenanhalt.net/go/umfrage. Die Beantwortung des Fragebogens dauert etwa zehn Minuten. Als kleines Dankeschön habt ihr am Ende der Umfrage die Möglichkeit, an einer Verlosung für drei Büchergutscheine im Wert von jeweils 60 Euro teilzunehmen.



Da wir für den weiteren Verlauf des Projekts noch mehrere Forschungsmethoden planen, hoffen wir auch über diese Umfrage hinaus auf eure Mithilfe. Wenn ihr uns unterstützen möchtet, dann tragt bitte eure E-Mailadresse in der Umfrage ein oder meldet euch direkt per Mail bei jana.lechtermann@gew-lsa.de.

Bei den Kreisverbänden erhältlich:

GEW-Kalender 2022/2023



Der GEW-Schuljahreskalender 2022/2023 ist bei den Kreisverbänden für GEW-Mitglieder kostenlos erhältlich. Weitere Interessenten können den Kalender zum Preis von 7,80 Euro zzgl. Versand bei der GEW-Landesgeschäftsstelle, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, Mail: info@gew-sachsenanhalt.net bestellen.

Der GEW-Kalender im DIN A5-Format enthält ein übersichtliches Schuljahres-Wochenkalendarium (1 Woche = 2 Seiten; Juli 2022 – August 2023), eine Gesamtschuljahresübersicht (Mai 2022 – Dezember 2023), Ferientermine 2022/2023 + 2023/2024, ein Adress-Verzeichnis, Übersichten „verliehene/geliehene Materialien“ und „Mehr-/Minderzeiten“, ein Adressverzeichnis, Seiten für Notizen, 24 Doppelseiten „Notenspiegel/Klassenlisten“ für jeweils 35 Schüler, Klassen-/Gruppenpläne und Stundenpläne sowie einen umfangreichen Informationsteil mit wichtigen Adressen und rechtlichen Tipps für den Kita- und Schulalltag.

Mitglieder des Kreisverbandes Saalekreis können ihren Kalender an folgenden Terminen abholen:

Regionalgruppe Merseburg-Querfurt: 16. Mai 2022, 15:30–17:00 Uhr bei Frau Güttel (0162-6865050), Roßbacher Straße 1 in 06242 Roßbach, 17. Mai 2022, 10:00–15:00 Uhr bei Herrn Petschick (03461 230914), Unteraltenburg 6 in 06217 Merseburg
Regionalgruppe Saalekreis: ab Mai im GEW-Regionalbüro nach telefonischer Anmeldung (0345 2040811).

Kinder- und Jugendliteratur:

Future Fairy Tales

Holly-Jane Rahlens (Text), 10 Illustrator*innen (Ill.); Future Fairy Tales. Geschichten aus einer anderen Welt; aus dem Englischen von Christiane Steen; Rowohlt, 2022; ISBN: 978-3-499-00635-7; Preis: 25,00 €, 272 Seiten; Altersempfehlung: ab 13 Jahre



Wenn die Erweckung von Dornröschen zum massenmedialen Ereignis wird, wenn Aschenputtel eine bisexuelle IT-Spezialistin ist und Schneewittchen ihre Geschichte in einem Interview berichtet, dann sind die Grimm'schen Märchen wieder einmal in ihrem Element. Denn die alten Stoffe waren zu keiner Zeit einfach da, sondern immer in Bewegung, und sie wurden geformt durch die jeweiligen Zeiten und deren Themen und Mentalitäten.

Holly-Jane Rahlens hat die beliebten und zeitlosen Stoffe nun wieder einmal radikal bearbeitet. Zehn bekannte Kinder- und Hausmärchen werden von ihr neu erzählt. Sie übersetzt die Motive in die Gegenwart und die Zukunft und erzählt die Geschichten als Liebesroman, Thriller, Science-Fiction, Dystopie oder Kriminalgeschichte. Dabei werden die Probleme und Herausforderungen der Protagonist*innen der veränderten Zeit angepasst und dadurch mitunter auch gänzlich verändert und verdreht. Man muss genau hinschauen, um die bekannten Märchen darin wiederzuerkennen. Dadurch gelingt es Rahlens aber auch, die Texte zu aktualisieren und an neue soziale, gesellschaftliche, anthropologische und entwicklungspsychologische Herausforderungen anzupassen. Die neuen Märchen sind weder harmonisch noch albern, sie sind ernst und tief, und gleichzeitig federleicht und unterhaltsam zu lesen. Szenen von Gewalt werden dabei nicht ausgelassen, aber mitunter geschickt mit den Motiven der Märchen metaphorisch bearbeitet. Damit nutzt die Autorin das Potenzial der Märchen auch in der aktualisierten Form.

Rahlens meistert die Formenvielfalt und überrascht immer wieder durch verrückte Ideen zur Neuinszenierung. Diesen ist je eine Illustration einer Nachwuchskünstlerin beigegeben, die den unkonventionellen Charakter der Texte absolut überzeugend visuell umsetzt – und die damit in ihrer Gesamtschau ein breites Spektrum moderner Illustrationskunst dokumentieren. Dabei ist das Buch so verfasst, als sei es eine Sammlung aus dem Jahr 2440. Alle Texte sind fiktional kommentiert und führen in die vermeintliche Gegenwart ihrer Entstehung ein. Rahlens entwirft damit auch ein Modell einer möglichen Zukunft und reflektiert unsere Gegenwart aus der Perspektive denkbarer Veränderungen. Ein komplexes und faszinierendes Buch. Mit Nachdruck zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



GEW-Mitglied werden unter:
www.gew.de/anmeldeformular

Impressum

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Prof. Dr. Hans-Dieter Klein und Christiane Rex (verantw. Redakteur*innen), Rolf Hamm, Helgard Lange, Christian Müller, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. **Redaktionsschluss** ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Fon: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preislise Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: sw-kommunikation.net + Partner

Titelbild: sw-kommunikation.net



Studiert oder nicht studiert

Lehrer haben Studien. Meistens jedenfalls. Und dann bleiben sie sehr oft gleich da, wo sie studiert haben. Das ist ganz natürlich. Ich wurde ja auch nicht weit weg geschmiedet und bin seitdem hier, wo ich bin. Schließlich kostet so ein Transport Geld und da ist es effizienter, vor Ort zu produzieren. Ich weiß, dass Lehrer keine Tore sind, abgesehen von ein paar Toren, aber die gibt es in jeder Berufsgruppe. Doch mit dem Studium ist es ähnlich. Man sucht sich einen Studienplatz in einer netten Stadt, lernt dort vielleicht auch noch jemanden kennen. Und dann bleibt man gerne auch mal da. Oder man bleibt in der Nähe. Wenn nun aber an der Universität in Halle eingespart wird, dann werden weniger Menschen dort studieren. Und gerade die kleinen besonderen Fächer, die man vielleicht anderenorts so nicht findet, sind es doch, die einen guten Grund darstellen, ausgerechnet in Halle zu studieren. Denn sonst kann man doch gleich nach München, Hamburg oder Berlin gehen. Na gut, da sind die Mieten höher, aber dafür ist auch mehr los. Und Arbeit findet man dort ganz gewiss ebenfalls. Warum sollte man nun von München aus ausgerechnet nach Halle gehen, um dort nach dem Studium als Lehrer zu arbeiten? Am Geld kann es nicht liegen, denn man verdient eher weniger dort. Und welche Anreize gibt es noch? Genau, da fällt mir jetzt auch nichts ein. Das Sparbrötchen, welches jetzt an der Uni in Halle spart, kann sich gleich dazu gratulieren, den Lehrermangel hier verschärft zu haben. Das Bildungsniveau sinkt noch weiter und dann brauchen wir die Uni hier irgendwann gar nicht mehr. Wenn das Ziel also war, uns hier in Sachsen-Anhalt weiter zu verblöden, dann ist das gelungen. Aber wer verfolgt solche Ziele? Politiker. Und die hoffen vielleicht, dass sie von den Ungebildeten eher gewählt werden. Eine andere Erklärung fällt mir nicht ein. Moment mal, der zuständige Minister kommt eigentlich vom Niederrhein. Da gibt es Lehrermangel und da sparen die nicht an den Unis. Klingt nach einem perfiden Plan.

Aber was weiß ich schon, ich bin ja nur ein Tor.

Lars Johansen



Änderungsmeldung

Name, Vorname:	Tätigkeitsbereich:
Kreisverband:	Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)
Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:	Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)
Anschrift:	Hauptarbeitsvertrag/PTG-Tarifvertrag:
	(Entgeltgruppe Stufe seit)
Telefon:	Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)
Bankverbindung:	Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)
Kontoinhaber:	Bruttoeinkommen:
IBAN:	(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)
Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):	Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):
	Arbeitszeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche):
	Datum Unterschrift

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ...

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

